Einzelpreis 30 Pfg. · 4. Jahrgang

Sonnabend, 16. Juli 1921

Nummer 327 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 11 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 40 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 30.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8,— M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Wiederaufbau beginnt

Die ersten Holzhäuser

Berlin, 15. Juli. (Amtlich.)

Die Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung über die Lieferung von Holzhäusern für Nordfrankreich haben zu einer Bestellung von 66 Probehäusern mit 87 Wohnungen geführt. Die Häuser sollen mit größter Beschleunigung vergeben und in den zerstörten Gebieten aufgestellt werden. Es handelt sich um folgende Konstruktionen:

1. Häuser halbgemischter Bauweise (Außenwände aus Holz, Innenwände aus übertünchten Gipsplatten und zwar: vier Doppelhäuser und fünf Einzelhäuser von Typ 1 (Arbeiterwohnungen), drei Doppelhäuser und sechs Einzelhäuser von Typ 2 (Meisterwohnungen) und neun Einzelhäuser von Typ 3 (Beamtenwohnungen), zusammen 27 Häuser mit 34 Wohnungen.

2. Häuser gemischter Bauweise (Holzgerippe, Außenwände aus Zementplatten, Innenwände aus mit Kalkputz versehenen und übertünchten Gipsplatten) und zwar zwei Doppelhäuser und zwei Einzelhäuser von Typ 1, zwei Doppelhäuser und sechs Einzelhäuser vom Typ 2 und drei Einzelhäuser vom Typ 3, zusammen 15 Häuser mit 19 Wohnungen.

3. Holzhäuser, und zwar 10 Doppelhäuser vom Typ 1, zehn Einzelhäuser vom Typ 2 und vier Einzelhäuser vom Typ 3 mit zusammen 34 Wohnungen.

Das Loch im Westen

Berlin, 15. Juli.

Wie mehrfach gemeldet, haben der Staatssekretär Hirsch im Reichswirtschaftsministerium und der Reichskommissar für die Ein- und Ausfuhrbewilligung Trendelenburg an den Verhandlungen mit der französischen Regierung in Paris Ende voriger und Anfang dieser Woche teilgenommen. Hierbei sind deutscherseits auch die Mißstände zur Sprache gebracht worden, die seit Einrichtung des alliierten Zollregimes im Rheinland infolge der durch das „Loch im Westen" erfolgenden Einfuhr großen Mengen unerwünschter Waren für Deutschland entstanden sind. Französischerseits ist offiziell erklärt worden, daß Frankreich aus dem gegenwärtigen Zustand im Rheinland keinerlei Sondervorteile für seinen Handel erstreben wolle. Die Unterhändler haben sich über ein Programm hinsichtlich der Einfuhrregelung geeinigt, welches es der deutschen Regierung hoffentlich ermöglichen wird, alsbald auf die Handhabung der Ein- und Ausfuhrbewilligung im Rheinland Einfluß zu nehmen. Dabei soll auch dem besonderen Bedürfnis Deutschlands auf Sicherstellung der Devisenbeschaffung für die Reparation Rechnung getragen werden. Die französische Regierung wird der deutschen Regierung ihre Wünsche wegen der französischen Einfuhr mitteilen. Hierüber soll im August weiterverhandelt werden.

Die Tragweite der getroffenen Abmachungen wird sich erst übersehen lassen, wenn die diesbezüglichen Anordnungen der Rheinlandkommission getroffen worden sind. Die anderweiten Bemühungen der Deutschen Regierung, die Alliierten von der Notwendigkeit zu überzeugen, den Gesamtkomplex der Sanktionen und insbesondere die für die deutsche Wirtschaft so überaus schädlichen Eingriffe in das deutsche Zoll- und Steuerwesen sowie die Zwischenzollinie endlich außer Kraft zu setzen, werden selbstverständlich dadurch nicht berührt.

Das oberschlesische Problem

London, 15. Juli.

Der politische Korrespondent des „Daily Chronicle" schreibt, eine erneute Zusammenkunft des Obersten Rates sei dringend notwendig, ob sie nun in London oder Paris abgehalten werde. Die Lage in Oberschlesien, die zwar vorübergehend in Ordnung gebracht worden sei, sei ernst und verursache große Beunruhigung. In dem gesamten Abstimmungsgebiet herrsche große Aufregung und Unruhe. Die Alliierten müßten ihre Autorität ausüben. Frankreich habe vor kurzem die Ernennung einer neuen Sachverständigenkommission begünstigt. Aber wenn man eine solche Kommission ernenne, so würde kein Uebereinkommen erzielt werden. Die Sachverständigen seien in der letzten Kommission verschiedener Ansicht gewesen und würden es wahrscheinlich auch in einer neuen sein. Der Oberste Rat müsse entscheiden.

Der „Temps" über Oberschlesien

TU. Paris, 15. Juli.

Der „Temps" schreibt heute abend über das oberschlesische Problem: Wir haben die Schritte Englands nicht abgewartet, um auf den Ernst und die Dringlichkeit des oberschlesischen Problems hinzuweisen. Wir hoffen deshalb, daß es gelingen wird, die englischen und französischen Besorgnisse in dieser Hinsicht auszusöhnen. Da die Interalliierte Kommission von Oppeln nicht in der Lage ist, ein gemeinsames Aufteilungsprojekt vorzulegen, so muß unverzüglich eine Kommission von Sachverständigen eingesetzt werden, die die Frage zu prüfen haben wird. Diese Kommission, deren Arbeiten von größter Bedeutung sein werden, muß selbst entscheiden, ob sie sich an Ort und Stelle begeben will. Sie muß die nötige Freiheit haben, um das Problem gründlich prüfen zu können und mit reiflicher Ueberlegung die Lösung vorzuschlagen, mit deren Ausarbeitung sie beauftragt worden ist.

Zwei englische Noten an Paris

EE. Paris, 15. Juli.

Das englische Außenamt sandte in der türkischen Angelegenheit zwei Mitteilungen an Paris. Die eine nimmt auf die Nachrichten der Presse bezüglich der Zusammenkünfte zwischen Briand und Bekir Sami Bey Bezug und bekundet den Wunsch Englands, über die türkisch-französischen Verhandlungen auf dem laufenden gehalten zu werden, die andere legt die Gründe dar, warum zwischen General Harrington und Mustapha Kemal keine Unterredung zustandekommen konnte und ersucht die französische Regierung um Mitteilung, welche Haltung sie gegenüber den Türken zukünftig einzunehmen gedenkt.

Japans Antwort befriedigt nicht

EW. London, 15. Juli.

Daily Telegraph zufolge hoffen die offiziellen Kreise Washingtons, daß der englische, französische und italienische Premierminister Amerika die Ehre erweisen werden, zu dem historischen Augenblick persönlich nach den Vereinigten Staaten zu kommen. Die Antwort Japans ist nun endlich im Auswärtigen Amt in Washington eingetroffen, ist aber durchaus nicht sehr befriedigend. Japan sieht in dem Vorschlag Hardings nur eine Besprechung über Einzelpunkte der Abrüstung. In der Antwort wird der Ferne Osten überhaupt nicht erwähnt. China hat die Einladung dagegen bedingungslos angenommen. Reuter meldet offiziös, daß vor der Konferenz Besprechungen zwischen den interessierten Mächten stattfinden müßten. Der Ort hierfür müsse noch bestimmt werden.

Die Labour Party rüstet zum Wahlkampf

E.W. London, 15. Juli.

„Daily Herald" meldet, daß die Leitung der Arbeiterpartei einen Plan gutgeheißen hat, wonach im ganzen Lande eine ausgedehnte Kampagne für die neuen Wahlen unternommen werden soll. In achtundzwanzig Konferenzen soll die innere Organisation besprochen werden. Die erste Sitzung findet morgen Sonnabend statt. Es wird angestrebt, für jeden Parlamentssitz einen Kandidaten aufzustellen und mit keiner Partei ein Kompromiß zu schließen. Es wird für die Wahlen die Parole ausgegeben werden, daß die Labour Party im Unterhause die Macht erhalten müsse. Zum ersten Male geht die Arbeiterpartei bei den Wahlen selbständig vor, denn bis jetzt sind die meisten ihrer Kandidaten sogenannte Lib-Lab-Kandidaten, die aus der Vereinigung der Liberalen mit der Labour Party hervorgegangen sind.

Regierungskrise in Ungarn

U.K. Budapest, 15. Juli.

Die Stellung des Kabinetts Bethlen ist erschüttert. Stephan Friedrich, der nach seiner Rehabilitierung im Tisza-Prozeß entschlossen ist, wieder ins politische Leben einzutreten und sich an seinen Gegnern zu rächen, hat in der Nationalversammlung einen überaus scharfen Angriff gegen die Regierung und indirekt gegen den Reichsverweser Horthy unternommen. Durch seinen Anhänger, den hortyfeindlichen Abgeordneten Boniczky, ließ er eine Interpellation einbringen, aus der hervorgeht, daß Graf Magashazy, der Flügeladjutant des Reichsverwesers, während des Karl-Putsches einen Steckbrief gegen Friedrich erlassen hatte. Ferner kündigte Friedrich an, daß er rücksichtslos die Machenschaften seiner „sehr hochstehenden" Feinde enthüllen werde. In der gleichen Sitzung wandte sich die gesamte Opposition heftig gegen das Kabinett. Der agrardemokratische Abgeordnete Rupert machte Mitteilung **von einem neuen Uebergriff militärischer Terroristen und rief unter ungeheurem Tumult in den Saal hinein, daß im heutigen Ungarn niemand seines Lebens sicher sei.** Justizminister Tomcsányi, der die Interpellation beantworten wollte, wurde niedergeschrien. Die Regierungspartei ließ das Kabinett vollständig im Stich, und sogar der Präsident der Nationalversammlung wandte sich in auffälliger Weise gegen den Ministerpräsidenten Bethlen, den er am Sprechen verhinderte, worauf Bethlen den Sitzungssaal verließ. Die Wirkungen der Sitzung, welche die stürmischste seit Bestehen der Nationalversammlung war, sind noch nicht abzusehen. Die Regierungspartei ist vollständig auseinandergefallen. Die Situation des Kabinetts ist um so schwieriger, als diesmal die gesamte Opposition, auch die demokratischen und republikanischen Elemente, gemeinsam mit der Friedrich-Gruppe in einer Kampffront gegen die Regierung stehen.

Neuwahlen in Hessen. Der hessische Landtag hat sich nach vierwöchiger Tagung, in der der Staatsvoranschlag und eine Reihe wichtiger Gesetzesvorlagen erledigt wurden, bis zum Oktober vertagt. Der Präsident teilte am Schluß der Sitzung mit, daß die Neuwahlen in Hessen in der zweiten Hälfte des November stattfinden werden.

Die Anerkennung Estlands ist von der deutschen Regierung ausgesprochen worden.

Die Wahlparole

Nicht Bruderkampf sondern Klassenkampf

Mit überraschender Schnelligkeit hat die Auflösung der Berliner Stadtverordnetenversammlung die Einheitsfront der ganzen Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterklasse hergestellt. Die Betrachtungen der bürgerlichen Presse, ganz gleich, ob man nun ein deutschnationales, ein volksparteiliches oder ein demokratisches Blatt in die Hand nimmt, sind ganz auf den Ton gestimmt: nun muß die Gelegenheit wahrgenommen werden, um der Verwirklichung sozialistischer Forderungen in der Stadtgemeinde einen Wall entgegenzusetzen, der von der Arbeiterklasse so leicht nicht mehr überstiegen werden kann. Die Einheitsgemeinde soll zerschlagen und insbesondere die westlichen Bezirke, in denen die besitzenden Klassen vorherrschen, wieder ganz allein deren Einfluß unterstellt werden. Und man muß zugeben, daß die Organe der Bourgeoisie mit einem ungestümen Frontalangriff den Kampf um das rote Haus eröffnet haben. Was freilich militärisch ein ausgezeichnetes Manöver sein mag, das erweist sich aber in diesem Falle als ein Nachteil für die Angreifer: der arbeitenden Bevölkerung werden so von Anfang an die reaktionären Pläne der Bourgeoisie enthüllt, ihre Aufgabe ist es, sofort alle notwendigen Gegenmaßnahmen zu treffen.

Wir brauchen in diesem Augenblick nicht ausführlich darzustellen, daß auch eine sozialistische Stadtverordnetenmehrheit aus Berlin im Handumdrehen kein sozialistisches Gemeinwesen machen kann. Die Gemeinde ist vornehmlich an die Gesetze des Staates gebunden, und ist dieser Staat ein von der Bourgeoisie beherrschter Klassenstaat, so muß auch dessen Gesetzgebung den Interessen der Bourgeoisie entsprechen. Wir erinnern nur an den Widerstand, den die bürgerlichen Mehrheiten in Reichstag und Landtag der Schaffung eines Kommunalisierungsgesetzes entgegensetzen. Aber innerhalb der ihr so gesteckten Grenzen kann eine sozialistische Mehrheit außerordentlich ersprießlich für die minderbemittelte Bevölkerung wirken. Es sind ihr eine Reihe von Aufgaben gestellt, bei denen Initiative und schöpferischer Geist walten kann. Wir erwähnen nur die Fragen der Kommunalisierung, der sozialen Fürsorge, des Schulwesens, der allgemeinen Erziehung, der Hygiene. Bei der Erfüllung aller dieser Aufgaben entstehen einer sozialistischen Stadtverordnetenmehrheit allerdings Schwierigkeiten. Vor allem durch das beschränkte Maß an materiellen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen. Diese Schwierigkeiten haben sich gerade in der Nachkriegszeit gehäuft, und daraus besonders ist zu verstehen, weshalb so manches hochgesteckte Ziel bisher nicht erreicht werden konnte.

Aber gerade die Möglichkeit, daß selbst in einem durch die kapitalistische Wirtschafts- und Staatsverfassung gehemmten und gebundenen Gemeinwesen eine sozialistische Mehrheit erfolgreiche Arbeit für die minderbemittelte Bevölkerung leisten kann und daß diese Leistung um so größer werden muß, je weiter die Kriegsfolgen überwunden sind, ruft den eigentlichen Widerstand der besitzenden Klassen und ihrer Organe hervor. Jahrhundertelang war der proletarische Teil der Bevölkerung in den Gemeinden das Objekt von Gesetzgebung und Verwaltung. Verrottete Wahlsysteme sorgten dafür, daß die Herrschaft über die Gemeinden in den Händen der besitzenden Klassen blieb. Ein Musterbeispiel von der ganz auf die Selbstsucht und das eigene Interesse eingestellten Art der Verwaltung der Gemeinden durch die Bourgeoisie bot gerade die Stadt Berlin. Was sich hier als Kommunalfreisinn die ganze Zeit hindurch breit machte, das war jener Geist der kapitalistischen Geschäftemacherei, die auch die Verwaltung der Stadt lediglich als eine milchgebende Kuh behandelte. Die Kommunalgrößen der früheren Zeit mögen in bürgerlicher Auffassung die honorigsten Menschen gewesen sein, und sie waren schon durch ihren Besitz dagegen geschützt, persönliche Bereicherung bei der Ausübung ihrer Aemter zu suchen. Aber es handelte sich ja dabei weniger um ihre Person als um ihre Klasse. Und je weniger sozialistischer Geist in die Stadtverordnetenversammlung der früheren Zeit hineindrang, desto besser war es um die Interessen der kapitalistischen Wirtschaft bestellt. Insbesondere auf sozialem Gebiete sollten die Gemeinden nach dem Willen des Kommunalfreisinns nicht führend und beispielgebend vorangehen, sondern sie sollten stets hinter den Bedingungen des privaten Unternehmertums zurückbleiben, um denen nur ja keine Konkurrenz bei der Gestaltung der Arbeiterverhältnisse zu machen.

In der „Vossischen Zeitung" hat am Freitag morgen Dr. Erwin Steinitzer in einem Leitartikel ganz richtig auf die Verdienste hingewiesen, die die alte sozialdemokratische Partei noch unter dem früheren Gemeindewahlrecht sich erworben hatte. „Sie hat — als einzige Partei — ein gründliches und in sich geschlossenes Kommunalprogramm aufgestellt, dessen Grundsätze man prinzipiell bekämpfen konnte, dem aber auch die Gegner sorgfältige Durchbildung und logische Folgerichtigkeit nicht absprechen durften." Der Gemeindesozialismus habe den manchesterlichen Kommunalparteien in zähem Kampfe abgerungen werden müssen. Aber er gewann doch Schritt für Schritt und Jahr für Jahr Terrain. Dann sei der kommunale Kriegssozialismus gekommen, der nicht Sozialismus

sondern Kriegs- und Ersatzwirtschaft war. Nach der Revolution hätten die sozialistischen Parteien in den großen Städten die Mehrheit errungen, aber in dem Augenblicke, wo sie Gemeindepolitik in ihrem Sinne hätten treiben können, seien sie unfruchtbarster Demagogie verfallen. Sie hätten in der Kommunalverwaltung eine Art antikapitalistischer Korruption geschaffen, die genau so schlimm sei wie die kapitalistische. Die städtischen Betriebe und deren Arbeiter und Angestellte würden von ihnen als Stützen der Parteipolitik und als Wähler betrachtet, deren Wünschen man soweit wie möglich entgegenkommen müsse. Nun aber kommt das Entscheidende in diesem Artikel. Der Leitartikler der „Vossischen Zeitung" macht den bürgerlichen Parteien zum Vorwurf, daß auch sie keinen ideenreichen Kampf geführt hätten. Das müsse jetzt anders werden:

Die Kommunalpolitik umfaßt einen fest abgegrenzten Kreis von Problemen und Aufgaben, die sich mit denen der Staatspolitik zum guten Teil gar nicht berühren. Hier wäre **eine Einigung zwischen Gruppen ohne weiteres möglich, die in der sonstigen Parteipolitik scharfe Gegensätze voneinander trennen.** Solche Einigung über die gerade in den Kommunalparlamenten bis zu einem gewissen Grade zufälligen und willkürlichen Parteischranken hinweg ist das einzige Mittel kommunalpolitischer Gesundung und kommunalpolitischen Fortschritts. Aber solche Einigung auf sachliche Ziele kann nur von Männern erreicht werden, die nicht für Fraktionen, sondern für schöpferische Gedanken werben. Ein neues Kommunalprogramm ist nötig, das den alten Gemeindesozialismus läutert und fortbildet.

Will so Herr Dr. Steinitzer der kommenden bürgerlichen Einheitsfront noch ein sozialistisch schillerndes Mäntelchen umhängen, so predigt das „Berliner Tageblatt" morgens wie abends die nackte Vertretung kapitalistischer Interessen. Herr Dr. Paul Michaelis schildert in düstern Farben die Zukunft der städtischen Werke und verlangt, daß vom kommunalen zum gemischt-wirtschaftlichen Betrieb übergegangen werde. Um dieses Ziel zu erreichen, ruft das Blatt an einer anderen Stelle „die breite Masse der demokratischen Wähler" auf, diesmal mit allem Nachdruck dahin zu arbeiten, „daß die rein sozialistische Mehrheit beseitigt wird". Von einer „demokratischen Masse" ist in Berlin nun freilich nicht viel zu spüren, aber diesen demokratischen Politikern wird es ja schon genügen, wenn die erwartete bürgerliche Mehrheit zum allergrößten Teile aus den ganz reaktionären Parteien der Deutschnationalen und der Volksparteiler bestände. Wenn es sich um die Wahrung kapitalistischer Interessen handelt, dann verwischen sich die Grenzen der Parteien.

Daß die Blätter der Rechtsparteien es an Gehässigkeit gegenüber der bisherigen Stadtverordnetenmehrheit nicht fehlen lassen, ist selbstverständlich. So sagt die „Tägliche Rundschau", daß nur die außerordentlich mangelhafte Beteiligung des Bürgertums die Schuld an dem traurigen Ergebnis der Wahlen vom 20. Juli 1920 und an dem „unermeßlichen Unheil" trage, daß damit über die Hauptstadt des Reiches heraufbeschworen worden sei. Das Schicksal Berlins sei wiederum in die Hand seiner Bewohner gelegt, und diese mögen entscheiden, „ob sie in der bisherigen Weise von Elementen regiert werden wollen, die bisher das Interesse der eigenen Partei über das des Gemeinwohles gestellt haben". Das sagt ausgerechnet ein Organ der Partei des Herrn Stinnes, eines der rücksichtslosesten Geschäftemachers!

Welche Aufgabe hat unter diesen Umständen die Berliner Arbeiterschaft? Müßte nicht die Bildung einer Einheitsfront der besitzenden Klassen sofort den ebenso geschlossenen Aufmarsch der minderbemittelten Bevölkerung zur Folge haben? Was aber das Natürliche ist, das braucht in der Politik noch nicht das Gegebene zu sein. Schon sagt Hugo Heimann im „Vorwärts", daß die Rechtssozialisten wohl die Motive zu verurteilen hätten, aus denen die Deutsche Volkspartei zu ihrem Streich ausgeholt habe; aber sie können sich doch freuen, daß es so gekommen sei. Die rechtssozialistische Partei habe seit der vorigen Wahl einen ununterbrochenen Aufstieg erlebt, und die kommende Wahl werde für sie ein neuer Erfolg sein. Und die „Rote Fahne" meint, daß die Stadtverordnetenwahlen zur rechten Zeit kämen, denn sie böten den Kommunisten eine willkommene Gelegenheit zu intensiver Agitation. Wir wollen dazu nur soviel sagen, daß auch die Unabhängige Sozialdemokratie dem Ausgang der Wahl ohne Bangen entgegensehen kann. Wir können auf die Arbeit unserer Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung hinweisen. Wir sind in der Lage, mit ausgezeichnetem und wirkungsvollem Material sowohl gegen die rechtssozialistische wie gegen die kommunistische Politik zu agitieren.

Aber es muß von vornherein betont und so deutlich gesagt werden, daß alle Arbeiter es hören: Wird der bevorstehende Wahlkampf als Bruderkampf geführt, so ist der Sieg der bürgerlichen Parteien sicher. Vielleicht, daß das Kräfteverhältnis zwischen den einzelnen sozialistischen Parteien sich etwas verschieben würde. Aber dieser Bruderkampf kann nur den Erfolg haben, daß breite Schichten der werktätigen Bevölkerung entweder in das Lager der Gleichgültigen gestoßen oder in die Arme der Bourgeoisie getrieben werden. Die Arbeiterbewegung als Ganzes genommen, müßte unter solchen Umständen eine Niederlage erleiden, selbst wenn die einzelne Partei auf Kosten der anderen Erfolge erzielen sollte. Die Forderungen des Sozialismus, soweit sie überhaupt im Rahmen der Gemeindeverwaltung geltend gemacht werden können, müßten einen schwer verwindbaren Rückschlag erleiden.

Nicht Bruderkampf, sondern Klassenkampf, so muß die Parole für die bevorstehende Wahl lauten. Auf der einen Seite die Parteien des besitzenden Bürgertums, auf der anderen Seite die Front der schaffenden und darbenden Bevölkerung. Die Erfüllung dieser Forderung hat durchaus nicht zur Voraussetzung, daß die einzelnen sozialistischen Parteien ihre Grundsätze aufgeben und ihre Organisationsschranken niederreißen. Es handelt sich hierbei nicht um eine organisatorische Verschmelzung, sondern lediglich darum, daß die Front der Arbeiterschaft durch den Kampf der sozialistischen Parteien untereinander nicht zersplittert, ihre Kraft nicht vergeudet wird. Vor allem muß verhindert werden, daß die proletarischen Wähler, angewidert von dem Bruderkampf, entweder der Wahl überhaupt fernbleiben oder gar der bürgerlichen Demagogie zum Opfer fallen.

Die Parteien der Arbeiterschaft müssen sich also jetzt schon, bei der Einleitung des Wahlkampfes, darüber entscheiden, wie sie ihren Aufmarschplan gestalten wollen. Richtet er sich, statt gegen die Bourgeoisie, gegeneinander, so ist die sichere Niederlage gewiß. Es geht um die Grundfrage der proletarischen Strategie, und von ihrer Lösung wird der Ausgang des Wahlkampfes abhängen.

Ruhe in Bulgarien. Die bulgarische Gesandtschaft in Berlin teilt mit, daß die Meldungen über angebliche Unruhen und kriegerische Erregungen in Bulgarien jeder Grundlage entbehrten.

Der edle Präsident

Der vorläufige Reichswirtschaftsrat ist, wie es immer so schön heißt, paritätisch zusammengesetzt. Wie es in Wirklichkeit mit der zahlenmäßigen Parität bestellt ist, konnte an dieser Stelle bereits wiederholt ausgeführt werden. Immerhin sollte mindestens in der Leitung versucht werden, Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig zu beteiligen. Nach dem Wortlaut der Verordnung kann aber der R. W. nur einen Präsidenten haben, so daß bei der Konstituierung entweder die Unternehmer oder die Arbeitnehmer diesen Präsidenten stellen konnten. Man einigte sich damals, neben dem Präsidenten einen Stellvertreter zu wählen, der im halbjährigen Turnus in der Geschäftsführung mit abwechseln soll. Um zu erfahren, welche Abteilung nun den Präsidenten zu stellen hat, wurde in der ersten Sitzung des Reichswirtschaftsrats gelost und der Kandidat der Arbeitgeber hatte „das Glück", Präsident zu werden. Auf diese Weise ist der „Wirkl. Geh. Rat Friedrich Edler v. Braun" Präsident des Reichswirtschaftsrats geworden. Zum gleichberechtigten Stellvertreter war damals Karl Legien, später Adolf Cohen gewählt worden.

Im ersten Halbjahr amtierte der Edle von Braun und bemühte sich, parteipolitisch eine gewisse Zurückhaltung zu üben. Das Versäumte ist von ihm seit Beginn dieses Jahres aber reichlich eingeholt worden. Er hat sich kürzlich im Reichstag eine Rede geleistet, die wegen ihres reaktionären und besonders antisemitischen Inhalts auch in Arbeitgeberkreisen des Reichswirtschaftsrats lebhaften Unwillen erregte. Neuerdings wird von einer Rede berichtet, die der Präsident des Reichswirtschaftsrats in München gehalten hat. Nachdem er dort seine Sozialistentöterrede gehalten hatte, führte er wörtlich aus:

„Kommen Neuwahlen, dann brauchen wir eine Einheitsfront gegen die Sozialisierung, dann brauchen wir eine bürgerliche Regierung, wie sie sich so vortrefflich in Bayern bewährt hat."

Wir gönnen dem Edlen von Braun seine Begeisterung für die bayrische Orgeschpolitik und glauben ihm auch, daß er zur Verwirklichung seines reaktionären Wirtschaftsprogramms eine bürgerliche Regierung braucht. Es fragt sich aber, ob der Reichswirtschaftsrat diesen Präsidenten noch länger brauchen kann. Er erscheint für dieses Amt ähnlich geeignet, wie für das Dezernat Volksernährung, das er in der Kriegszeit bearbeitet hat. Seine Ernährungs-Durchhaltepolitik war damals von ähnlicher Beschaffenheit, wie die U-Boots-Rechnungen seines Parteifreundes Helfferich. In der letzten Plenarsitzung des Reichswirtschaftsrats hat der Vorsitzende des A. D. G. B. gegen den Edlen von Braun Beschwerde geführt, weil die Arbeitgeberabteilung unter seiner Führung einseitig, d. h. unter Ausschaltung der Arbeitnehmerabteilung, in der Reparationsfrage Verhandlungen mit der Reichsregierung gepflogen hatte. Diese Beschwerde ist bisher unerledigt geblieben. Mit dem 1. Juli beginnt turnusgemäß wiederum die Amtsperiode des Edlen von Braun, die am würdigsten in der nächsten Plenarsitzung mit einem Vertrauensvotum für den edlen Präsidenten des Reichswirtschaftsrats eingeleitet werden könnte.

S. A.

Der sanierte Leopold

Oder: Wie kamen die 20 Millionen nach der Schweiz

Die preußische Regierung hat ihr mitleidiges Herz, das sie immer entdeckt, wenn es sich um halbverhungerte Hohenzollern handelt, dazu bewogen, den Prinzen Leopold von Hohenzollern, der schon der Regierung die übelsten Streiche gespielt hat, wieder einmal auf die Beine zu helfen. Das runde Sümmchen von 20 Millionen hat der verhungerte Hohenzoller während eines mehrmonatlichen Aufenthaltes in der Schweiz aufgehäuft. Die preußische Regierung hat nun ohne Genehmigung des Landtages den Prinzen aufs neue saniert. Eine fürchterliche Bedingung hat sie ihm aber dabei gestellt: Der Prinz darf sich nicht mehr in der Schweiz aufhalten. Er muß diese einen Tag bevor das Sanierungsabkommen in Kraft tritt, verlassen und hat sich nach seinem Gute Ilmau zu begeben. Dort soll er weiter „hungern". Als Garantie für seine 20 Millionen Schulden hat der Herr Leopold seine in der Schweiz lagernden Juwelen im Werte von 20 Millionen Mark verpfändet. Bleibt die Rätselfrage: **Wie sind die 20 Millionen Juwelen nach der Schweiz gekommen?** Wenn nicht ausgerechnet Herr Schiffer Justizminister wäre, so möchte man die Reichsregierung ja fragen, ob sie nicht freundlichst einen Staatsanwalt veranlassen möchte, sich mit diesem Problem eingehend zu beschäftigen, aber wahrscheinlich ist Herr Leopold von Hohenzollern so leidend, daß man sich mit seinen Juwelenschätzen nicht beschäftigen kann.

Gegner der Lohnstatistik

Am 12. Juli fand eine Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats statt, die nach Vertagung der übrigen Tagesordnung lediglich eine kleine Gesetzesvorlage über die Veranstaltung einer amtlichen Lohnstatistik zu beraten hatte. Es war also genügend Zeit vorhanden, die vier Paragraphen durchzusprechen. Die Arbeitgeber beantragten indes ohne jede sachliche Begründung Vertagung der Frage auf die Zeit nach den Ferien. Jeder Versuch, wenigstens einmal ein Referat entgegenzunehmen, um dann zu prüfen, ob sich eine Vertagung rechtfertigen lasse, scheiterte am Widerstand der Arbeitgeber. Auch der Regierungsvertreter bat mit Rücksicht auf die Dringlichkeit dieser Statistik um Beratung, aber vergeblich. Die Arbeitnehmervertreter wurden überstimmt und die Vertagung beschlossen. Es bedarf keiner besonderen Erläuterung, warum die Arbeitgeber die Feststellung der derzeitigen Löhne unter allen Umständen verhindern wollen. Man würde nämlich sehr schnell feststellen können, daß die Löhne in Deutschland weit hinter denen des Auslandes zurückbleiben. Bei den Kapitalsgewinnen der Unternehmer würde das Ergebnis einer Umfrage erheblich anders ausfallen.

Der „dreckige Lappen"

Das „Berliner Tageblatt" berichtet aus Potsdam:

Am Donnerstag fand in Tremmen, Kreis Osthavelland, die Grundsteinlegung zu einem Kriegerdenkmal statt. Da alle Bewohner Geld dazu hergegeben hatten, verlangten die linksstehenden Parteien auch neben der schwarz-weiß-roten Flagge die Farbe der Republik zu hissen. Im selben Moment brach ein Tumult aus. Der Kriegerverein verlangte die sofortige Entfernung der schwarz-rot-goldenen Fahne. Pastor Dietz weigerte sich, die Rede zu halten, wenn dieser „verhaßte Lappen" noch weiter an dem Mast hinge. Der Vorstand des Denkmalsausschusses, Lehngutsbesitzer Fritze aus Tremmen, legte sogleich seinen Vorsitz nieder. Als die aufgeregten Bauern handgreiflich wurden und Rufe wie „Nieder mit der Berliner Judenfahne", „Nieder mit dem dreckigen Lappen" immer aufgeregter erschollen, entschlossen sich die Männer der Linksparteien, um nicht die Feier ausfallen zu lassen, die republikanische Fahne ins Spritzenhaus zu bringen. Die Menge drang nach und verlangte die Vernichtung der Fahne. Schließlich blieb nichts anderes übrig, als die Flagge auf dem Felde zu vergraben. Dann kehrte Pastor Dietz zum Fundament zurück, und legte seiner Rede die Frontierdolchung und Judenregierung zugrunde.

*

In Dahme haben kürzlich Arbeiter eine schwarz-weiß-rote Fahne zerrissen. Sie werden dafür wegen Landfriedensbruch vor das Schwurgericht gestellt. Dem Heldenpastor aus Tremmen und seinen Mannen wird wegen des gleichen Vergehens nichts geschehen. Das kann bei dem Stand der heutigen Rechtspflege mit Sicherheit vorausgesagt werden.

Aus einer Landwirtschaftskammer

Die badischen Deutschnationalen, die in der Landwirtschaftskammer ihre Geschäfte besorgen lassen, stehen als blamierte Europäer mitten in einem Sumpf, der seinen Gestank weit über die Grenzen dieses Musterländles hinaus verbreitet. Schon seit einiger Zeit drangen die verschiedenartigsten Gerüchte in die Oeffentlichkeit, die jetzt greifbare Gestalt angenommen haben. Aus einer parlamentarischen Untersuchungskommission, die die Angelegenheit aufhellen mußte, wird nunmehr mitgeteilt, daß diese öffentliche Körperschaft ihre Stellung schwer mißbraucht habe. Es wird vom Landtag die strafrechtliche Verfolgung gefordert. Ein ungeheuerliches Bündel von Akten hatte diese Kommission zu bearbeiten, und obwohl sie mit ihrer Arbeit noch nicht zu Ende ist, konstatiert sie folgendes: **Die Buchführung war ein Saustall. Kettenhandel, Preistreiberei, Wucher, Schnapsschieberei, Grundstücksschiebungen und letzten Endes auch Vermittlungen in die Bordelle hat man vorgenommen.** Viehlieferungen an die Militärverwaltung hat man ausgeführt, wobei die unsauberste Geschäftspraxis zur Anwendung kam. Die Obstpreise hat man von 12 auf 35 Mark hinaufgetrieben. Das Aufstechen dieser Eiterbeule ist natürlich den Korruptionshelden unangenehm. Und dabei ist merkwürdig, daß der rechtssozialistische Innenminister Remmele noch beschönigende Worte für die skandalösen Vorkommnisse fand. Verständlich wird das allerdings, wenn man hört, daß für einen Teil dieser Geschäfte die behördliche Genehmigung erteilt worden ist.

Mit der Aufdeckung dieser Zustände ist die Sache trotz der ministeriellen Beschwichtigungsversuche noch nicht zu Ende. Aber heute kann schon gesagt werden, daß die deutschnationalen Beherrscher dieser Landwirtschaftskammer den Beweis erbracht haben, daß ihre Interessen ihnen über das Volkswohl gehen.

„Im Interesse der Einheit!"

Die kommunistische „Bergische Volksstimme" veröffentlicht an der Spitze ihres Blattes folgende beide Beschlüsse einer am 9. Juli stattgefundenen Konferenz der Bezirksleitung Rheinland-Westfalen und der Vertreter der Unterbezirke:

Resolution Gelsenkirchen:

Der Genosse Schlösser ist im Interesse der Einheit der Partei sofort seines Postens zu entheben. Seine Betätigung als Redakteur der „Bergischen Volksstimme", Remscheid, ist parteischädigend. Und da er erklärt, sein Verhalten nicht ändern zu wollen, ist dieser letzte Schritt gerechtfertigt. (Angenommen mit 11 gegen 3 Stimmen.)

Resolution Dortmund:

Die am 9. Juli tagende Konferenz der Bezirksleitung Niederrhein-Westfalen, sowie der Vertreter der Unterbezirke und Redaktionen verlangt von der Zentrale, daß sie die schärfsten Maßnahmen trifft, um die parteischädigende Tätigkeit der Führergruppe um Levi zu unterbinden. Die Konferenz sieht in diesem Treiben nicht nur mechanische Disziplinbrüche, sondern eine prinzipiell falsche politische Einstellung dieser Genossen.

Ebenso verurteilt die Konferenz das parteischädigende Verhalten der „Bergischen Volksstimme" in Remscheid, wie es in dem Artikel: „Warum der Lärm?" zum Ausdruck kommt. (Der erste Teil wurde einstimmig, der zweite gegen zwei Stimmen angenommen.)

Die Redaktion der „Bergischen Volksstimme" ist deswegen in Ungnade gefallen, weil sie das Verhalten der Zentrale und der „Roten Fahne" kritisiert und gemahnt hat, „den Bogen nicht zu überspannen".

Die „Bergische Volksstimme" verwahrt sich in einem den Resolutionen angefügten Artikel gegen diese beiden Resolutionen und bemerkt, daß im Unterbezirk Remscheid eine andere Meinung über die Haltung des Blattes bestehe. Jedenfalls sei mit diesem Beschluß noch nicht das letzte Wort gesprochen.

Der Zerfall der „Vereinigten" schreitet jedenfalls unaufhörlich fort.

Die spanische Ministerkrise

Aus Madrid wird uns vom 8. Juli geschrieben:

Durch ein Verschleierungsmanöver wurde die Ministerkrise in Spanien beendet. Der Finanzminister Arguelles und der Justizminister Piniés sind durch die Herren Ordonez und Wais ersetzt worden. Durch dieses Manöver sucht die konservative Partei ihre Macht noch ein wenig länger zu halten. Der Rücktritt des Herrn Piniés bedeutet, daß die Fraktion der konservativen Partei, der er angehört, aufhört, die Regierung zu stützen. Nachdem Herr Sanchez Guerra, Kammerpräsident, und Herr Maura dem Kabinett Allendesalazar ihr Vertrauen entzogen haben, befindet sich die konservative Partei in voller Auflösung.

Uebrigens haben sich die liberalen Führer nach Bekanntwerden dieser Lösung der Regierungskrise vereinigt und eine Notiz an die Presse gesandt, in der Einspruch erhoben wird 1. gegen die Schließung des Parlaments, 2. gegen die Tatsache, daß der König im Verlauf der Krise persönlich eingegriffen hat, 3. gegen die unverblümte Andeutung, die Regierung solle durch Dekret Maßnahmen treffen, die zu veranlassen Sache des Parlaments ist.

Wenn nicht alles täuscht, konsolidiert sich der liberale Block. Die Konservativen, die nun alle Wege verstellt sehen, durch ihren terroristischen Feldzug bloßgestellt und der Lächerlichkeit preisgegeben sind, werden noch vor Ende des Jahres, vielleicht schon nach den Ferien, erledigt sein.

Zum erstenmal machen die Reformisten, an deren Spitze Melquiades Alvarez steht, gemeinsame Sache mit den Liberalen. Das läßt hoffen, daß der neue liberale Block endlich wagen wird, sowohl den königlichen Machtgelüsten zu begegnen, als auch den Versuchen der Reaktion zur Wiedereinführung des absolutistischen Regimes energischen Widerstand entgegenzusetzen.

Die bayrische Reaktion. In der Vollsitzung des bayrischen Landtages wurde am Donnerstag der Antrag der Mehrheitssozialdemokraten auf Aufhebung der Verordnung über das Standrecht, die Volksgerichte und den Kriegszustand neuerdings abgelehnt.

„Frieden" in Irland. In dem Prozeß der 16 Sinnfeiner in Manchester, die des Hochverrats beschuldigt wurden, wurde heute das Urteil gefällt. 14 wurden zu Zuchthausstrafen zwischen drei und 15 Jahren verurteilt. Die übrigen zwei wurden freigesprochen.

Der preußische Notetat angenommen

Unser Standpunkt

Im Preußischen Landtag wurde gestern die Aussprache über den Notetat zu Ende geführt. Der Finanzminister und der Landwirtschaftsminister versuchten ihre Politik, die am Tage vorher von Herrn Heilmann angezweifelt worden war, zu rechtfertigen, aber man vernahm aus ihren Ausführungen nicht einen einzigen positiven Gedanken. Das Kabinett Stegerwald scheint sich überhaupt dadurch auszuzeichnen, daß es nach außen hin als Ministerium ohne Programm auftritt. Die Minister reden sich um die Probleme herum, die die Oeffentlichkeit im hohen Maße beschäftigen und leisten ihre Hauptarbeit hinter den Kulissen, von der das Parlament und das Volk erst dann etwas erfährt, wenn die Arbeit vollzogen ist. Mit dieser Kulissenarbeit sind die Rechtsparteien selbstverständlich sehr zufrieden, weil sie wissen, daß sie in ihrem Interesse liegt. Und deshalb spenden sie den Ministern für die Reden, auch wenn sie den hilflosesten Eindruck machen, begeisterten Beifall. Es geht eben um die gute Sache, nicht um die schlechten Personen.

Der Standpunkt unserer Fraktion zum Kabinett Stegerwald und zu den brennenden Fragen der Zeit wurde durch den Genossen Dr. Oskar Cohn vertreten. Er hielt keine Parlamentsrede im hergebrachten Stil, warb nicht um die Gunst eines Ministers, er gab keine Empfehlung an die anderen Parteien ab, wie es die Vorredner getan hatten. Aus seiner Rede sprach die Not, die das Proletariat bedrückt, der politische Geist, der den Kampf der Arbeiter beschwingt, die große sozialistische Idee, die der Gestaltung des politischen und wirtschaftlichen Lebens den Stempel aufdrücken muß, wenn Deutschland und die gesamte Welt an der Hinterlassenschaft des Krieges nicht zugrunde gehen soll.

Die Frage der Sanktionen und der Zukunft Oberschlesiens, die von den bürgerlichen Rednern in den Mittelpunkt der Betrachtungen gestellt wurde, gab dem Genossen Dr. Cohn Gelegenheit, den Widersinn des bürgerlichen Standpunkts, insbesondere aber die Katastrophenpolitik der Rechtsparteien, zu beleuchten. Er bezeichnete die Sanktionen als den Ausdruck jenes militaristischen Geistes, der die Welt noch immer beherrscht und der nicht zuletzt durch die Treibereien der deutschen Nationalisten immer neuen Nährboden erhält. Der französische Militarismus kann am besten in Deutschland bekämpft werden! Dieser Satz rief bei den bürgerlichen Parteien große Verblüffungen hervor, aber Genosse Cohn wies eingehend nach, wieviel gerade Deutschland zur Entspannung beitragen kann, wenn es endlich mit jener Gesinnung aufgeräumt hat, die während des Weltkrieges die deutsche Politik bestimmte und heute noch in breiten Schichten vorherrschend ist. An der Hand eines reichen Tatsachenmaterials wies Genosse Cohn nach, daß diejenigen Parteien, die heute am lautesten über den sogenannten Schmachfrieden schreien, keinen Grund haben, Gerechtigkeit zu verlangen, denn gerade sie haben, als sie den Sieg noch in der Tasche zu haben glaubten, Forderungen aufgestellt, die weit über das, was der Friedensvertrag von Versailles festgelegt hat, hinausgingen, und die Professorenschaft, die sogenannte Elite des deutschen Volkes, hat alle diese Annexions- und Finanzforderungen rechtsphilosophisch begründet!

Zum Schluß wandte sich Genosse Dr. Cohn der Frage zu, welchen Weg das Proletariat einzuschlagen hat, um sich aus den Fesseln der wirtschaftlichen und politischen Reaktion zu befreien. Er wies nach, daß die Ministerpolitik der Rechtssozialisten nicht zum Ziele führen kann. Nur wenn sich das Proletariat wieder zusammenfindet zu einer Front, wenn die schwächlichen Halbheiten der Rechtssozialisten überwunden sind, wenn die Arbeiter eingesehen haben, daß sie sich auf dem Boden des Kampfes treffen müssen gegen den gemeinsamen Feind, erst dann wird der Zeitpunkt gekommen sein, wo nicht nur die deutsche Reaktion überwunden, sondern darüber hinaus der gesamten Welt der wirkliche, der sozialistische Friede, gebracht werden kann.

Bei der dritten Lesung widerlegte Genosse Meier noch einige unwahre Behauptungen des Ministers Dominicus. Das Lager Sielow beherberge noch heute Internierte, obwohl Herr Dominicus vor dem Parlament das Gegenteil zu behaupten gewagt habe. Der Notetat wurde hierauf gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien angenommen. Das Haus tagte dann bis spät in die Nacht weiter, um den Rest der Tagesordnung vor den Ferien zu erledigen.

Sitzungsbericht

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Gesetzentwurfs betr. **die Delegatur für den preußischen Anteil der Erzdiözese Gnesen—Posen.** Die Delegatur soll eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes bilden und die preußischen Gesetze über das Aufsichtsrecht des Staates bei der Vermögensverwaltung, über die Schaffung kirchlicher Hilfsfonds und über die Erhebung von Abgaben sollen auf die Körperschaft Anwendung finden. — Das Gesetz wird **gegen die sozialistischen Parteien angenommen.**

Es folgt nun die Beratung des Antrags über die **Genehmigung der strafrechtlichen Verfolgung des Abg. Scholem** (Komm.) wegen Beleidigung. — Abg. Dr. **Cohn** (U. Soz.) empfiehlt als Berichterstatter die Annahme des Ausschußantrages, die **Genehmigung zur Strafverfolgung nicht zu erteilen.** Das Haus beschließt demgemäß.

Der Antrag auf **Einstellung des Verfahrens gegen den unabhängigen Abgeordneten Rabold** wegen Beleidigung **wird angenommen.**

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung der Ansiedlung. Verbunden wird damit die Beratung des Antrages Schreiber-Halle (Dem.) über die Erhöhung der Mittel für Zwischenkredite zur Förderung der Bildung von Rentengütern.

Der sozialdemokratische Antrag auf Erhöhung der Mittel für die Ansiedlung von 300 auf 500 Millionen wird gegen die sozialistischen Parteien und die Demokraten abgelehnt. Der Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Förderung von Ansiedlungen wird sodann in zweiter und dritter Beratung angenommen, ebenso ein demokratischer Antrag auf Vorlegung eines Gesetzentwurfes, durch den die staatlichen Mittel zur Förderung der Rentengutsbildung auf 200 Millionen Mark erhöht werden soll.

In zweiter und dritter Beratung angenommen wird sodann der Gesetzentwurf betr. Uebernahme von Verpflichtungen des Saarbrücker Knappschaftsvereins gegenüber dem knappschaftlichen Rückversicherungsverband in Charlottenburg durch den preußischen Staat.

Es folgt die Fortsetzung der Aussprache über den

Notetat.

Minister des Innern **Dominicus:** Bei der „Roten Fahne" wurde am 12. Juni auf Grund von Anzeigen eine Haussuchung nach Plakaten vorgenommen. Diese hat nach dem Bericht des Polizeipräsidenten ergeben, daß eine Zuwiderhandlung gegen den Paragraphen des Pressegesetzes und des Strafgesetzbuches vorliegt. Der Polizeipräsident hat darauf eine Anzahl Beschlagnahmungen vornehmen lassen und die gerichtliche Bestätigung beantragt. Das zuständige Amtsgericht Berlin-Mitte hat diese Maßnahme gebilligt. Auf die Anfrage, ob das Staatsministerium das Verhalten des rechtssozialistischen Polizeipräsidenten billigt, antworte ich: Ja. Mein Erlaß, der angeblich Kommunisten von der Kommunalverwaltung ausschließt, soll natürlich nicht auf alle Fälle Kommunisten als Stadträte und Beigeordnete ausschließen. Das Reichskabinett hat im Einverständnis mit uns die

Aufhebung des Belagerungszustandes

in den Regierungsbezirken Magdeburg und Erfurt, sowie in einem Teil des Bezirks Merseburg verfügt, dagegen ebenfalls im Einverständnis mit der preußischen Regierung sich für die Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in Ostpreußen ausgesprochen. Auch ich wünsche die Aufhebung des Belagerungszustandes in Ostpreußen, **doch ist die Zeit dafür noch nicht gekommen.** Bezüglich des **Selbstschutzes in Oberschlesien** stelle ich zu meiner Freude fest, mit dem Abg. Heilmann vielfach übereinzustimmen. In den Freikorps waren ganz natürlicherweise auch bedenkliche Elemente. Auswüchse sind vorgekommen, die die preußische Regierung durchaus nicht billigt. Der Abg. Heilmann ist dann auch auf **die Frage der Orgesch** zu sprechen gekommen. Ich wundere mich über die Auslegung meines Erlasses vom 26. Juni, demzufolge auch die Provinzialorganisationen der Orgesch aufgelöst sind. Anders natürlich ist es mit jenen Organisationen, die korporativ der Orgesch beigetreten waren, wie z. B. der Vaterländische Frauenverein und andere ähnliche Vereine. Wo eine Umgehung der Auflösungsverfügung versucht werden sollte, wird die Regierung dem entgegentreten. Der Minister beschäftigt sich dann mit der **Personalienpolitik** und sagt: Ich trage keine Bedenken, auch in Zukunft geeignete Herren der sozialdemokratischen Partei in solche Aemter zu berufen. Die Einheit der preußischen Verwaltung ist schwer zu schaffen, denn das Recht des Beamten auf eigene politische Ueberzeugung und Betätigung, das ich nicht missen möchte, steht hier oftmals im Wege.

Finanzminister **Sämisch:** Ich weiß nicht, worauf Herr Heilmann seine Behauptung, ich leiste Widerstand gegen die Pläne im Reich, stützen will. Das **Vermögen des Prinzen Leopold** befindet sich in staatlicher Verwaltung. Tatsache ist, daß dem Prinzen von der Staatsbank ein Darlehen gegeben worden ist. (Lebhaftes Hört! Hört! rechts.) Ueber **die neuen Steuern** kann ich erst Mitteilung machen, wenn die Vorschläge vorliegen.

Abg. Dr. **Lauscher** (Ztr.): Ich war außerordentlich erfreut über den Protest, den der Abg. Heilmann gegen die alte Lüge von der ausschließlich deutschen Kriegsschuld hier erhoben hat und über die Entschiedenheit, mit der er die Objektivität des deutschen Reichsgerichts in Leipzig verteidigte. **Sein Aufruf zur Sammlung aller nationalen Kräfte war mir aus dem Herzen gesprochen,** ebenso seine Zurückweisung des hetzerischen Treibens des „Reichsboten" gegen unsere Kirche. (Unruhe rechts.) Wir haben nie bestritten, daß die Sozialdemokratie in der Regierung vertreten sein muß. Aber dasselbe unverminderte Recht haben auch die bürgerlichen Parteien. Der Redner wendet sich nun der großen Anfrage über den Reichsschulgesetzentwurf zu und erklärt gegenüber den Demokraten und Sozialdemokraten,

die Konfessionsschule dürfe nicht beseitigt werden,

denn das stehe im Widerspruch mit der Gewissensfreiheit.

Abg. Cohn (U. Soz.):

Die Einbringung des Notetats bedeutet eine Rückentwicklung, ihre Wirkung ist eine vielleicht absichtliche Schwächung des Parlaments. Das Kabinett Stegerwald kapituliert auch finanziell vor den Rechtsparteien und läßt sich ohne Schwung und Sinn für die wirtschaftliche Entwicklung dahintreiben. Man klagt über die Valuta, aber die riesigen Gewinne entspringen meistens der wilden Devisenspekulation, und seitdem die Beschränkung der Devisenspekulation aufgehoben ist, kann jeder Spekulant den Stand der deutschen Mark herabdrücken. Hingegen ist **der Konsum der breiten Massen um 80 Prozent zurückgegangen.** Bei solcher Entwicklung ist an einen Rückgang der Preise, folglich auch **an einen Lohnabbau nicht zu denken,** vielmehr wird ein Lohnaufbau die notwendige Folge sein. Demgegenüber sollte die preußische Regierung wenigstens auf die **Durchführung des Steuergesetzes** dringen. Statt dessen fördert man die indirekten Steuern, und auch die Grundsteuer soll ja nach den Ausführungen des Herrn Sämisch auf die Verbraucher abgewälzt werden. Wir müssen **die Quellen der großen Einnahmen erfassen und den Mehrwert besteuern.** Wenn die alte Form der Steuerveranlagung und -erhebung reformiert wird, wenn zwangskorporierte Steuerbetriebsgemeinschaften eingeführt werden, dann werden die unproduktiven Betriebe zum Schließen gezwungen, und es wird eine Intensivierung der Betriebe erreicht. **Die Steuerpolitik Stegerwalds und Sämischs aber führt**

zur Verelendung der Massen

und zur Stärkung der Reaktion. Es ist gut, daß gegen die Sanktionen protestiert wird, aber man muß auch gegen die wirtschaftlichen Gefahren der Sanktionen selbst einschreiten. Wer kauft denn die Luxuswaren, die durch das Loch im Westen hereinströmen? Sind es nicht die Wähler derselben bürgerlichen Parteien, die in Presse und Parlament ihren Patriotismus und ihren Protest gegen die Sanktionen bekunden? **Dieselbe bürgerliche Presse rühmt begeistert das Hotel „Atlantik" auf Rügen, wo die Verpflegung täglich 1000 Mark kostet und findet kein Wort des Protestes gegen diesen ruchlosen Luxus.** Ohne eine friedliche antimilitaristische Innenpolitik bleiben die Proteste gegen die Sanktionen wirkungslos. Daß Herr Dominicus das nicht erkennt, beweist sein Orgescherlaß. Die Orgesch-Organisationen sind doch in erster Linie zur

Bewachung der geheimen Waffenlager

da. Hier hilft nur ein Verbot aller Verbände militärischer Art, und der Mut, es durchzuführen. Herr Dominicus hat auch nichts von den Strafen mitteilen können, die wegen der **Rohheiten in den Internierungslagern** verhängt worden sind. Redner beschäftigt sich eingehend mit der Frage der Internierten. Als Landarbeiter sind die jüdischen Einwanderer gut, trotzdem aber muß gegen sie gehetzt werden. Sensationell aber wirkt es, zu hören, daß der Bruder des Herrn Wulle, des Herausgebers des überantisemitischen deutschen Tageblatts, ebenfalls jüdische Landarbeiter von der gleichen Stelle angefordert hat. **In der ganzen Ostjudenfrage vermissen wir bei der preußischen Regierung den Sinn für die Tatsachen** und derselbe Mangel an Verständnis für die Wirklichkeit zeigt sich auch in der

Behandlung des oberschlesischen Problems.

Es wird wieder genau so gelogen, wie während des Krieges, bis die große Enttäuschung kommt. Die enttäuschten militärischen und halbmilitärischen Kräfte in Oberschlesien werden sich dann in ein Abenteuer gegen die Polen stürzen. Von diesen Kräften verspricht sich Herr Dominicus, daß sie eines Tages bei der Neueinordnung Oberschlesiens in Preußen behilflich sein werden. **Was nottut, ist die rücksichtslose Entfernung des Selbstschutzes aus Oberschlesien.** Die deutsche Regierung hätte von Anfang an es ablehnen müssen, für die Wiederherstellung der Ordnung in Oberschlesien ihren Arm zu leihen. Aber die reaktionären Elemente verfolgen damit andere Ziele. Wer kam in das Lager Sielow? Es waren Angehörige der S. P. D. und der U. S. P. D., die von deutschnationalen Elementen in Oberschlesien denunziert worden waren. **Denunziantentum** und **Korruption** stehen in Oberschlesien in üppiger Blüte. Da stellt sich Herr Becker von der „Deutschen Tageszeitung" hier her und redet vom Brennus-Schwert, das der Sieger in die Waagschale werfe. Ja, hat denn die „Deutsche Tageszeitung" nicht tagtäglich **während des Krieges: „Wehe den Besiegten!"** gerufen?

Was der Abg. Heilmann gestern gesagt hat, war im einzelnen sehr nett, stellenweise gab er sogar ausgezeichnete Proben journalistischer oder politischer, wenn Sie wollen, Polemik, aber doch eben eine journalistische Politik, die mit einer Korkfeder schreibt, **ohne das Schwergewicht einer Weltanschauung und eines politischen Willens,** eine Politik, die ihr höchstes Ziel doch sieht in **der Ministerstürzerei aus Ministerstreberei heraus.** (Sehr wahr! b. d. U. S. P.) Kein Wort von einer Aktion des geeinigten Proletariats, die ganz allein imstande wäre, dem Ueberwuchern und Wiederaufleben des Gewaltgeistes die Mauer entgegenzustellen, durch den ein neuer Kriegsentschluß und eine weitere Vergiftung der Geister nicht hindurch kann. **So ist der Ruin der deutschen Republik, für die Sie so schwärmen, wenn Sie Ihre Opposition gegen die jetzige Regierung betreiben, mit**

dem Schielen auf die Ministerbank.

Viele von Ihnen möchten gern lieber heute als morgen wieder in die Koalition hineintreten — womöglich mit der Deutschen Volkspartei! Sie müssen alle erst durch das Läuterungsbad hindurch, um die Schlacken loszuwerden, die eine 2½jährige Koalitionspolitik nach der Revolution, die ja nur die Fortsetzung Ihrer Koalitionspolitik während des Krieges war, gebildet hat.

Es geht auch nicht bei den Fragen des Friedens, der Beseitigung der Sanktionen, bei der oberschlesischen Frage mit der patriotischen Schutzfärbung, die gestern Herr Heilmann angenommen hat, um von den früheren Koalitionsgenossen nicht allzusehr abzustechen. Nein, **man muß namentlich auch in den außenpolitischen Fragen sich bei Ihnen endlich dazu entschließen, zu dem zurückzukehren, was unsere besten und erleuchtetsten Köpfe als Drehpunkt einer sozialistischen Auslandspolitik erkannt und festgelegt haben.** Die sozialistische Auslandspolitik bestimmt sich nach dem Interesse

der proletarischen Schichten von Europa,

d. h. bei dem jetzigen Stande der Weltentwicklung nach dem Interesse der überwiegenden, ja beinahe der gesamten Bevölkerung, während Ihre Außenpolitik eingestellt ist auf die Schutzfärbung, auf die „nationalen Gefühle". Die Unklarheit, die sich Ihrer bemächtigt hat, hindert außerordentlich Ihre Rückkehr zu einer geschlossenen proletarischen Linie. Und doch muß diese Rückkehr gefunden werden. (Sehr richtig! links.) Wir kommen aus dem Elend, in dem sich die preußische, in dem sich die deutsche Politik befinden, nicht heraus, wenn wir nicht die proletarische Einheitsfront herstellen können, so wie sie tageweise in gewissen Momenten der Hochempfindung revolutionären Klassenbewußtseins sich im Rheinland, im Ruhrrevier, auch in Berlin in den Kapptagen hergestellt hat. **Denn der Fortschritt in der deutschen Politik wie in der europäischen Politik ist nicht anders als auf dem Boden und mit den Mitteln des proletarischen Klassenkampfes zu erreichen.** (Sehr wahr! links.) Das ist die einzige, nahezu einzige feststehende Lehre, die uns die Geschichte nach all dem Wirrsal, durch das wir haben hindurchgehen müssen, hinterlassen hat. Nicht nur das hellhörige Ohr Ferdinand Lassalles, auch ein stumpferes Ohr muß heute den

Massentritt der Arbeiterbataillone

hören (Sehr wahr! links), die von Ost und West am Rhein zusammenströmen, und in die Klänge der bürgerlichen Nationalhymne der Franzosen, die gestern in Stadt und Land und in jedem Dorf in Frankreich erklungen sind, mischt sich für das feinere Ohr jetzt auch bereits der Kampfgesang der Internationale. (Zustimmung links.)

Die Internationale wird die Menschheit sein.

Wenn dieser Gedanke sich als Leitstern unserer Politik in Preußen und in Deutschland durchsetzt, dann werden wir zusammen mit den Sozialisten aller Länder, namentlich von jenseits des Rheins, **uns zusammenfinden zur Niederkämpfung des Gewaltfriedens, zur Niederkämpfung aller Gewalt und aller Entrechtung in der Welt, zum Aufbau eines sozialistischen Deutschlands, zum Aufbau eines sozialistischen Europas. Ich sehe den Tag, an dem wir unsere Kampfstellung klar erkennen, an dem wir uns in einem einheitlichen Willen zur Tat und zum Kampf zusammenschließen, nicht mehr fern.** (Sehr wahr! b. d. U. S.) Aus allen Ländern am **Rhein und in Deutschland werden die kämpfenden Brüder zusammentreffen mit dem festen Entschluß, alles niederzuringen, was der Neugeburt der Welt, was der Erringung des Sozialismus entgegensteht.** (Lebhafter Beifall b. d. U. S.)

Abg. **Riedel** (Dem.): Die Ablehnung des Etats durch die Sozialdemokraten bedeutet den Kampf gegen den Staat. An die Linke richten wir die Mahnung, den Arbeitern nicht immer wieder den kommenden Bürgerblock an die Wand zu malen.

In der Abstimmung wird der Notetat im wesentlichen nach den Ausschußbeschlüssen angenommen. **Abgelehnt werden mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien die Anträge der drei sozialistischen Parteien auf Aufhebung des Belagerungszustandes und auf Aufhebung des Ministerialerlasses über die**

Zulässigkeit von Selbstschutzorganisationen.

Angenommen wird dagegen ein demokratischer Antrag, das Staatsministerium solle schleunigst im Benehmen mit der Reichsregierung prüfen, ob Umgehungen der Auflösungsbekanntmachung der Reichsregierung vorliegen und dafür sorgen, daß solche Umgehungen verhindert werden. **Ein sozialdemokratischer Antrag, die Internierung für Ausländer aufzuheben, wird gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien abgelehnt.** Der Antrag der D. V., bei der Reichsregierung mit allen Mitteln darauf zu dringen, auf die Aufhebung der Sanktionen hinzuwirken, wird angenommen.

Hierauf wird der **Notetat in der Gesamtabstimmung gegen die sozialistischen Parteien angenommen.**

Es folgt die zweite und dritte Beratung des Gesetzentwurfes betr. Reisekosten und Aufwandsentschädigung für die Mitglieder und den Präsidenten des Staatsrats.

Abg. **Siering** (Soz.) bittet, die Aufwandsentschädigung für den Präsidenten des Staatsrats zu streichen. Da es sich um eine Verfassungsänderung handelt, wird ein Hammelsprung vorgenommen: er ergibt die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Der Präsident setzt die nächste Sitzung um ½9 Uhr an.

Untersuchungsausschuß

Der Untersuchungsausschuß des Preußischen Landtages, der sich mit der Untersuchung der mitteldeutschen Unruhen beschäftigt, beschloß am Donnerstag, daß eine Kommission von sieben Mitgliedern, zu der jede Partei ein Mitglied stellt, sich nach Mitteldeutschland begibt, um die Verhältnisse in Mitteldeutschland, besonders auch im Leunawerk, zu studieren. Die Kommission soll die Verhältnisse studieren, die bei Ausbruch der Unruhen vorgelegen haben, und prüfen, ob ein Teil der Schuld vielleicht auf schlechte Informationen der Regierungsstellen zurückzuführen ist, insbesonder, ob ungeeignete Persönlichkeiten verantwortlich zu machen sind.

Exkronprinzens Sehnsucht

Der Kronprinz hat Heimweh. Einem ihn auf der Insel Wieringen besuchenden Amerikaner hat er offen seine Sehnsucht bekannt. „Sieben Jahre lang bin ich ja von meiner Frau und meinen Kindern getrennt." Der arme Familienvater! Aber es würde doch nichts im Wege stehen, daß Frau und Kinder ihm nach Wieringen folgten — wenn sie die Trennung auch so schmerzlich empfänden. Aber das möchte nach allem, was über das Familienleben des Kronprinzen bekanntgeworden ist, zweifelhaft erscheinen. Das von dem Kronprinzen während des Krieges geführte Etappenleben spricht jedenfalls nicht dafür, daß die exkronprinzliche Sehnsucht nach der Gattin von dieser Seite Erwiderung findet. Hat doch die Kronprinzessin 1918 Scheidungsantrag stellen wollen und nur auf das dringende Bitten der Kaiserin davon Abstand genommen.

Noch weniger Sehnsucht als die exkronprinzliche Gattin selbst dürfte aber Deutschland nach dem Hohenzollernsproß empfinden.

Wochenhilfe und Wochenfürsorge

Die wesentlichen Bestimmungen des vom Reichstag in seiner letzten Sitzung verabschiedeten Gesetzes besagen: Weibliche Versicherte, die im letzten Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate hindurch auf Grund der Reichsversicherung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse gegen Krankheit versichert gewesen sind, erhalten als Wochenhilfe:

1. Aerztliche Behandlung, falls solche bei der Entbindung oder bei Schwangerschaftsbeschwerden erforderlich wird.

2. Einen einmaligen Beitrag zu den Kosten der Entbindung in Höhe von 100 M.

3. Ein Wochengeld in Höhe des Krankengeldes, jedoch mindestens 4½ M. täglich für 10 Wochen, von denen mindestens sechs in die Zeit nach der Niederkunft fallen müssen. Das Wochengeld für die ersten vier Wochen ist spätestens mit dem Tage der Entbindung fällig.

Solange sie ihre Neugeborenen stillen, ein Stillgeld in Höhe des halben Krankengeldes, jedoch mindestens 1½ M. täglich, bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Niederkunft. Neben dem Wochengeld für die Zeit nach der Entbindung wird Krankengeld nicht gewährt; die Wochen nach der Niederkunft müssen zusammenhängen. Wechselt die Wöchnerin während der Leistung der Wochenhilfe die Kassenzugehörigkeit, so bleibt die erstverpflichtete Kasse für die weitere Durchführung der Leistung zuständig. Stirbt eine Wöchnerin bei der Entbindung oder während der Zeit der Unterstützungsberechtigung, so werden die noch verbleibenden Beträge an Wochen- und Stillgeld bis zum satzungsmäßigen Ende der Bezugszeit an denjenigen gezahlt, der für den Unterhalt des Kindes sorgt. Eine minderbemittelte Deutsche, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Inland hat und für die nach den vorstehenden Vorschriften kein Anspruch auf Wochenhilfe besteht, erhält aus Mitteln des Reichs eine Wochenfürsorge.

Unsern Lesern ist bekannt, daß die Fraktion der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in den entscheidenden Lesungen vergeblich versuchte, die Unterstützungssätze und Unterstützungsdauer ganz wesentlich zu verbessern. Ihre Anträge wurden jedoch durch den geschlossenen Widerstand aller bürgerlichen Parteien, auch der rechtssozialistischen, abgelehnt.

Arbeitersport

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität". Sonntag, den 17. Juli: Gauwanderfahrt nach Potsdam. Sammelstart der Bezirke 1, 2, 3: Potsdam, Glienicker Brücke, um 11 Uhr, der Bezirke 23, 24, 25 in Potsdam, am Luftschiffhafen, um 11 Uhr. Die Lokale sind „Friedrichsgarten" und „Alter Fritz". Start sämtlicher Abteilungen und Ortsgruppen an den bekannten Stellen. Bezirke 4, 5, 8, 9: Cottbus, Gesellschaftshaus Kolkwitz, 11 Uhr vorm. Bezirke 6, 7, 10, 11: Reppen, „Reichsgarten". Bezirke 12, 13, 14, 15: Soldin, „Schützenhaus". 6 Uhr Propagandafahrt durch die Stadt, anschließend Versammlung. Bezirke 17, 18, 19, 20, 21: Templin, Kurhotel (Inh. O. Reiche). Bezirke 22, 26, 27: Pritzwalk, Gewerkschaftshaus. Die Versammlungen finden, wo nichts besonderes bemerkt, mittags um 1 Uhr mit Referaten über das Thema: „Welche Forderungen stellen wir an Reich, Staat, Kommune und Arbeiterschaft?" statt. Bundesgenossen, auf zur Gauwanderfahrt! Gestaltet sie zu machtvollen Demonstrationen! Der Gauvorstand. — 3. Bezirks-Werbeabend am Sonnabend, 16. Juli, fällt aus. Galaschewski. — Ortsgruppe Erkner. Am Sonnabend, den 16. Juli: Lampionfahrt nach Freienwalde. Treffpunkt mit Ortsgruppe Lichtenberg in Tiefersee. Start 8 Uhr.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin". Sonntag, 17. Juli, Radetzour Zeuthen—Rauchfangswerder. Abf. 6.35 Uhr vom Görlitzer Bahnhof bis Zeuthen. Die Fahrt zum Stechlin-See fällt aus. — Freitag, 15. Juli, abends 7.30 Uhr, Vorstands- und Führersitzung. Mittwoch, den 20. Juli, abends 7 Uhr, Generalversammlung.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", Ortsgruppe Berlin. Jungrudrer und -rudlerinnen! Auf zur Gauwanderfahrt nach Potsdam am Sonntag, 17. Juli, früh 7 Uhr. Start Halleisches Tor. Erscheinen aller Jugendlichen unbedingt notwendig; auch Söhne und Töchter der Parteigenossen sind jederzeit willkommen. Die Tour wird von sachkundigen Fahrwarten und Samaritern geleitet.

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde". Wanderungen am 16. und 17. Juli. Rahnsdorf, Müggelheim (Besuch des Grabes von Curt Grottewitz). Abf. Sonntag vorm. 6.25 Uhr, Schles. Bahnhof. Hangelsberg, Liebenbergersee. Abf. Sonnabend abend 6 Uhr, Schles. Bahnhof. Melchow, Nonnenfließ. Abf. Sonnabend nachm. 5.35 Uhr, Bahnhof Gesundbrunnen. Potsdam, Teufelssee. Abf. Sonntag vorm. 6.47 Uhr, Bahnhof Friedrichstraße. Fürstenwalde, Trebuser See. Abf. Sonnabend abend 6.03 Uhr, Schles. Bahnhof. Durch die Dubrow. Abf. Sonnabend abend 6.21 Uhr, Bahnhof Neukölln. Strausberg, Garzau, Buckow. Abf. Sonnabend abend 9.25 Uhr, Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde. Chorinchen, Plagesenn. Abf. Sonnabend abend 5.49 Uhr, Stett. Bahnhof. Trebbin, Glau, Seddin. Abf. Sonnabend abend 5.55 Uhr, Anhalter Bahnhof. Königs-Wusterhausen, Krüpelsee. Abf. Sonnabend abend 8 Uhr, Bahnhof Schöneberg. Fürstenwalde, Scharmützelsee. Abf. Sonnabend abend 6.33 Uhr, Bahnhof Zoo. — Kladowerbrunnen. Treffahrt der Groß-Berliner Kindergruppen nach Bernau, Mechsee. Treff 6.30 Uhr, Nettelbeckplatz; 7 Uhr, Bahnhof Gesundbrunnen; 5.30 Uhr, Bahnhof Bellevue; 6.30 Uhr, Bahnhof Neukölln; 6 Uhr, Bahnhof Schöneberg. Treff am Mechsee mittags 12 Uhr.

Parteiveranstaltungen

Sonnabend, 16. Juli

Charlottenburg. 2. Abteilung. Abends 8 Uhr Abrechnung der Gruppenführer bei Wett, Helmholtzstr. 34.

Sonntag, 17. Juli

17. Distrikt (früher 8.). Familienausflug nach der Biesdorfer Heide. Genossen und Freunde der U. S. P. treffen sich vormittags 9.45 Uhr am Baltenplatz. Abmarsch mit Musik.

18. Distrikt (Kreuzberg). Familienausflug nach Ravensteiner Mühle. Abfahrt 9 Uhr von der Jannowitzbrücke nach Station Friedrichshagen. Nachzügler treffen sich im Lokal.

Vereinskalender

Sonntag, 17. Juli

Internationaler Bund der Kriegsopfer. Ortsgruppe Norden 3. Zur Einweihung der Siedlung in Velten, sowie der Besichtigung der Kachelfabrikation daselbst fahren alle Mitglieder mit dem Zuge 8.00 Uhr morgens vom Bahnhof Gesundbrunnen ab. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Groß-Berlin. Tour. 6 Uhr Schnitzeljagd nach Kiekemahl. Start Marianenplatz, Ecke Waldemarstraße.

Montag, 18. Juli

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin. Da in der Neuen Welt am Montag, den 18. Juli, die Feier des Guten Montags stattfindet, bleibt das Bureau von 1 Uhr ab geschlossen. Billetts sind zum Guten Montag bei den Kassierern, in den Zahlstellen auf dem Bureau und an der Kasse noch erhältlich.

Verantwortlich: für Politik u. Feuilleton: Leo Liebschitz, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: Gerhart Seger, Mahlsdorf-Süd bei Berlin; für den Inseratenteil u. geschäftliche Mitteilungen: i. V. Gustav Natusch, Berlin NW. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Theater und Vergnügungen

Volksbühne Sommerdirektion 8 Uhr: Cavalleria rusticana und Bajazzo 7½ Uhr: Der Kaiserjäger Direktion: Max Reinhardt.

Deutsches Theater 7½: Potasch u. Perlmutter

Kammerspiele 7½ Uhr: Der Herr, der die Mausschellen kriegt

Großes Schauspielhaus Karlstraße 8 Uhr: Die Weber (Außer Abonnement)

Berliner Theater: Täglich 7.30 Uhr: DAS Milliarden SOUPER

Theater i. d. **Königgrätzer Str.:** Gastspiel Tyr-Bühne Innsbruck: 7.30 U.: Die Kreuzelschreiber Sonntag: Glaube u. Heimat Mont.: Die Kreuzelschreiber

Komödienhaus: Abendlich 7.30 Uhr: Der blonde Engel von Robert Winterberg Paul Heidemann u. G., Josefine Dora v. Stanetzk. u. G., Inge von der Straaten, Ilse Marsen, Georg Baselt, Kurt Busch, Julius Rogge.

Residenz-Theater 7½ Uhr: Max Adalbert in 1919 — Abdafür

Trianon-Theater Täglich 7½ Uhr: Lady Windermeres Fächer

Kleines Theater Täglich 7½ Uhr: Casanovas Sohn

Theater a. Kottbuser Tor **Elite-Sänger.** Vom 16.—31. Juli: Gastspiel d. Original-Leipziger Fritz-Weber-Sänger. Täglich 7½ Uhr. Vrkf. 11-1½ u. 4-6 Uhr

Lessing-Theater Direkt.: Victor Barnowsky Allabendlich 7½ Uhr: Die Ballerina des Königs (Konstantin, Götz)

Deutsch. Künstl.-Theater 7½ Uhr: Geständnis (Ralph, Korff, Otto).

Komische Oper 7½ Die Oper 7½ Alt-Heidelberg

Walhalla-Theater 7½ Uhr: Die Scheidungsreise

Theater am Nollendorfplatz 7½ Uhr: Der Vetter aus Dingsda

Rose-Theater 7½ Uhr: Der arme Millionär

7½ Apollotheater 7½ Friedrichstraße 218 Täglich: Tip-Tip Hurra! oder Der Sport-Schlemihl mit Wilhelm Hartstein

Berliner Prater Kastanien-Allee 7-9 Täglich 4½ Uhr: Varieté: Wenn Engel streiken! Operette in 3 Akten

Behrenstraße 54. 7½ Uhr: Persönliches Auftreten: Johannes Riemann und Dora Schlüter in Cocain (Sektkübel) und 9 weitere Attraktionen

Olympia-Varieté-Garten Badstr. 58 (früher Voigt-Theater) Badstr. 58 Täglich: Gastspiel des Theaters: Großer Lacherfolg! Folies Caprice in ihren erfolgreichen Burlesken und Possen wie: Verpfuschte Kur — Am Badestrand Sowie: Das große Varieté-Programm. Volkstümliche Preise!

Münzen :: Briefmarken kauft Großmann, Johannisstr. 4. Zugang s. d. Friedrichst. (Nr. 108) Norden 10621

Wo gibts die billigsten Seifen bei Seifenschneider, Pücklerstrasse 44.

Zuhns spart, wer zum Süßen von Speisen, Getränken usw. sowie zur Bereitung von Kompotten oder zum Einkochen von Obst usw. Süßstoff verwendet. Vorzüglich — billig — bekömmlich. Markenfrei erhältlich in Drogen- und Kolonialwarenhandlungen.

Die dritte Auflage Handbuch für Betriebsräte ist soeben erschienen Preis 15.— Mark // Gebunden 20.— Mark Betriebsräte, Organisationen bedeutende Preisermäßigung BUCHHANDLUNG „FREIHEIT" BERLIN C2 ///// BREITE STRASSE 8—9

Stahlwaren-Produktion „Solidarität" G. m. b. H. Ohligs bei Solingen

Warenzeichen SO solingen

Genossenschaftliche Erzeugung Solinger Stahlwaren.

Für Geschäftsbetriebe empfehlen wir: Bureauscheren, Speck-, Wurst-, Käse-, Bäckerei- und Brotmesser, Fett- und Seifenstecher, Dosenöffner usw.

Fleischereibedarfsartikel in großer Auswahl: Beile, Aexte, Hauer, Sägen, Stähle, sowie für jedes Fach: Schneiderscheren, Sattler-, Schuster- u. Gärtnermesser, Werkzeugmesser für alle Berufe.

Zum Verkauf an die Mitglieder bieten wir den Konsumvereinen an: Bestecke in jeder Ausführung und Preislage, Alpaka-, Britannia-Zinnstahl- und Aluminiumlöffel, Brot- und Gemüsemesser, Taschenmesser in mannigfaltiger Ausführung, Scheren in jeder Art, Haarschneidemaschinen, Rasiermesser und Rasierapparate.

Wo Konsumvereine unsere Waren nicht führen, bitten wir die Verbraucher um Aufgabe der Bestellungen an unsere Adresse. Gewerkschaftshäuser u. Gastwirte bitten wir um Anforderung unserer Preisliste.

Wir stellen unsere Waren in vorzüglicher Qualität her und verwenden nur allerbesten Stahl bei Berechnung billigster Preise.

Lachen Sie nicht! über die lächerlich billigen Preise im Leihhaus Brunnenstr. 5

Herren-Anzüge aus Ia Maß-Stoffen, Ia Verarbeitung, eleg. Sitz, von 500 M. an. Herren-Anzüge, teils auf Seide, Wert bis 800 Mk., jetzt 300, 350, 400 Mk. — Pelzwaren, wie Kreuzfüchse, Silber-, Alaskafüchse von 200 Mk. an. Sealmäntel usw. 50 Prozent herabgesetzt. Keine Lombardware.

Kreuzfüchse 200 Silberfüchse ..... 250 Rotfüchse ..... 300 staunend billig **Jägermanns Pelzhaus** Oranien-, Ecke Prinzessinnenstraße 14 am Moritzplatz.

Zeißfeldstecher 6- und 8fach, kauft häufig M. Stockelmann, Berlin W 9, Potsdamer Str. 135 (Rügow 9289).

Spezial-Arzt Dr. Jaffé für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Syphilis-Kuren, Blutuntersuchungen, spez. chron. Harnleiden u. Ausflüsse. Licht- u. Flassen-Behandlg. in der Hell-Anst. „Löser" **Dir. O. Löser, Münzstr. 9** nahe Alexanderplatz. 9—1, 4—8, Sonntags 10—12. Damenz. separat

Spezial-Behandlung für alle Geschlechtskrankheiten bei Männer u. Frauen schnell, schmerzl. u. mögl. ohne Berufsstörung **Heilanstalt C. Weissert,** Brunnenstraße 191 Nähe Rosenthaler Platz. Viele Jahre in Krankenhäusern und Kliniken tätig gewesen. Sprechst. 10-12 u. 4-7, Sonntags 10-12. Untersuchung kostenlos.

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit". Breite Straße 8/9

Ansteckende Tag und Nacht unerträglich **Juckende Hautausschläge** mit mäßigen Bläschen und kleinen roten Punkten verschwinden in wenigen Tagen durch „Reichel's flüss. Teer-Kaliumsulfatseife", die auch in hartnäckigsten Fällen vollkommen sicher wirkt. 9.50 M. Otto Reichel, Berlin, 46, SO Eisenbahnstraße 4.

Möbel zu bedeutend herabgesetzten Preisen auf Teilzahlung Kleinste An- u. Abzahlung **Möbel-Cohn** Gr. Frankfurter Str. 58 5 Min. v. Alexanderpl. Filiale: Badstr. 47-48, 5 Min. v. Bhf. Gesundbr.

Kleide Dich billig, elegant! im Leihhaus Moritzplatz 58a

Jackett-Anzüge Cutaways, Ulster teils auf Seide, früher bis 1200 Mk., jetzt für 400—500 Mk. Ferner Damen-Kostüme, -Mäntel, enorm billig! Nach beendeter Saison 50% herabgesetzt. Kreuzfüchse, Zobel-, Blau-, Weiß-, Silberfüchse. Keine Lombardware.

Veröffentlichungen des Verlages der Kommunistischen Internationale

Schriften von G. Sinowjew

Die russische Revolution und das internationale Proletariat ..	Mk. 0,70
Die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution	Mk. 2,30
Die Weltrevolution und die Kommunistische Internationale ...	Mk. 1,50
Die Tagesfragen der internationalen Arbeiterbewegung	Mk. 5,50
Bericht des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an den Zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale	Mk. 2,—
Der Zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale ..	Mk. 1,—
Was die Kommunistische Internationale bisher war und was sie nun werden muß	Mk. 1,—
Vom Werdegang unserer Partei	Mk. 1,20
Zwölf Tage in Deutschland	Mk. 2,—
Die Sowjetmacht und der Offiziersstand	Mk. 1,—
Der Aufbau der Volkswirtschaft und die Sowjetmacht	Mk. 2,—

Zu beziehen durch die Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin

Todes-Anzeige

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Theodor Thiele

Ackerstr. 156, am 10. d. M. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 16. Juli, nachm. 4½ Uhr, von der Leichenhalle d. Städtischen Anstalt in Buch statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85 Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Montag, den 18. Juli 1921, abends 6½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 4)

Versammlung

der Metallformer und Berufsgenossen sowie Zinkgießer und der in Hüttenbetrieben Beschäftigten

Tagesordnung:

1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert

Die Ortsverwaltung.

Unterbezirk Dortmund

Wir suchen bis spätestens den 1. September einen im Ruhrgebiet bewanderten

: Parteisekretär :

Genossen, die auf obige Stelle reflektieren, werden ersucht, nähere Angaben über bisherige Tätigkeit, sowie Parteizugehörigkeit an Unterzeichneten einzusenden. H. Dewald, Dortmund, Schleswiger Straße 42

Großer Preis-Nachlaß! Damenbinden Tpk. 3, 4, 6 M., waschbare Stck. 3.50 M., Gürtel Paar 2, 3 M., Verbandwatte, 100 g 2 M., Hautcreme Tube 50 Pf., 1.50, Zahnpasta Tube 1 M., Fieberthermometer 4, 5, 6 M., Vaseline 70, 80 Pf., wasserdichte Unterlagen 100 Stück 3 M., für Größe 12 M., Butterbrotpapier 100 Bl. 3.50 M., Klosettpapier Rolle 1.50, Krepp 2.50, alle hygienischen Artikel, Hausmittel. Bei Bitte gr. u. fr. A. Hauschild & Co., Berlin, Marienstraße 54 an d. Friedrichstr. Gegr. 1900.

Warum wird in Berlin nicht gebaut?

Die Widerstände der Bureaukratie

Die Bautätigkeit in Berlin liegt seit langem fast völlig darnieder. Die geringe Belebung in den letzten Wochen und Monaten hat nicht vermocht, die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe und in den vom Baugewerbe abhängigen Berufen wesentlich zu mindern. Sie wird auch keine nennenswerte Milderung der Wohnungsnot herbeiführen. Berlin ist auch gegenwärtig von allen deutschen Großstädten diejenige, in der die geringste Belebung der Bautätigkeit zu verzeichnen ist. Während, wie aus Heft 6 der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ hervorgeht, zum Beispiel im ersten Vierteljahr dieses Jahres in Köln 812 Wohngebäude, in Hamburg 302, in Frankfurt a. M. 164, in Dortmund 197 errichtet worden sind, ist in Berlin kein einziges Haus gebaut worden. Nur 27 Wohnungen sind in dieser Zeit in Berlin entstanden gegenüber 91 in der gleichen Zeit des Vorjahres und gegenüber 1151 in Köln, 844 in Hamburg, 385 in Frankfurt a. M. und 399 in Dortmund. Von 5402 Wohnungen, die im 1. Quartal 1921 in 35 deutschen Großstädten errichtet worden sind, entfallen auf Berlin sage und schreibe 27!

Welches sind die Ursachen für dieses völlige Darniederliegen der Bautätigkeit in Berlin? Diese Frage beantwortete der anerkannte Fachmann Dr. Ing. Martin Wagner, der frühere Schöneberger Stadtbaurat, vor einigen Tagen in einem Artikel im „Vorwärts“. Er schrieb:

Jedenfalls nicht die Gewerkschaften, die seit fast Jahresfrist auf sachgemäße und beschleunigte Bewältigung des Berliner Bau- und Wohnungsproblems dringen, aber auf ihre schriftlichen Vorstellungen nicht einmal eine Antwort erhalten haben und in mündlichen Besprechungen den Eindruck gewinnen mußten, als ob versteckte und unheilvolle Einflüsse richtige Erkenntnis der Notwendigkeiten verhindern. Die Gewerkschaftskommission und das Ortskartell des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben in ausführlicher Denkschrift ihre Forderungen aufgestellt und auch sachliche Grundlagen für die Durchführbarkeit gegeben.

Die politischen Parteien der Berliner Stadtverordnetenversammlung haben in seltener Einmütigkeit, von der äußersten Linken bis zu den Demokraten, einen in gleicher Richtung liegenden Beschluß gefaßt, der eindeutig ausspricht, daß es sich um Bewältigung einer bauwirtschaftlichen Aufgabe handelt, und daß der organisatorische Aufbau einer neuen Bauwirtschaft mit einem zu berufenden Generaldirektor für das Wohnungs- und Siedlungswesen unverzüglich begonnen werden muß. Sie haben damit bewußt und vorausschauend die Magistratsvorlage verworfen, deren Verfasser — wir kennen ihn nicht — in völliger Verkennung der sachlichen Erfordernisse eine organische Zusammenfassung der notwendigsten Arbeitsgebiete überhaupt nicht einmal erwägt, weil er einem Begriff des Städtebaues nachjagt, der heute für alle wirklichen Sachkenner bereits zum leeren Phantom geworden ist.

Wagners Hinweis auf die versteckten und unheilvollen Einflüsse, die die richtige Erkenntnis der Notwendigkeiten im Bauwesen von Berlin verhindern, sind durchaus zutreffend. Mehrere Monate sind verflossen, seitdem die Stadtverordnetenversammlung den Antrag der sozialistischen Parteien zur Behebung der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit angenommen hat. Der gleiche Zeitraum ist verflossen, seitdem die Ausschreibung der Stellung des Generaldirektors für das Wohnungs- und Siedlungswesen erfolgt ist. Obwohl zahlreiche Bewerbungen eingegangen sind, ist noch immer keine Entscheidung über die Besetzung dieses Postens gefallen, trotzdem die größte Eile geboten wäre, wenn man die Absicht hat, diesen zwei Grundübeln mit den richtigen Mitteln zu Leibe zu gehen. Es scheint aber, als ob der Wille dazu nicht überall vorhanden wäre —, wie auch die Geneigtheit zu fehlen scheint, die private Bautätigkeit zu fördern, die, ohne daß sie die städtischen Finanzen irgendwie in Anspruch nimmt, die Beschäftigung von Hunderten von Arbeitskräften sichern würde.

Uns wird berichtet, daß z. B. ein Gesuch der Deutschen Werke A.-G., jenes großen Reichsunternehmens, das aus den früheren Heres- und Marinebetrieben besteht und in Berlin zahlreiche getrennte Bureaus unterhält, um Errichtung eines Verwaltungsgebäudes in der Tiergartenstraße Nr. 5 von der Städtischen Bauverwaltung abgelehnt worden ist, obwohl, wie das selbstverständlich ist, ohne weiteres die Zusage gegeben war, daß die Architektur dieses Gebäudes unter allen Umständen der Genehmigung der städtischen Behörden unterliegen soll. Das Städtische Bauamt aber hat den Standpunkt vertreten, daß eine Neubautätigkeit in der Tiergartenstraße nicht angebracht sei. Auch als die bekannte Automobilfirma Adam Opel die Gebäulichkeiten nur umzubauen wünschte, wurde das abgelehnt unter Bezugnahme auf eine im Jahr 1913 erlassene Verordnung, welche folgendermaßen lautet:

„Laut Verfügung vom 11. 12. 1913 dürfen Gebäude in der Tiergartenstraße außer dem Erdgeschoß, dessen Fußboden höchstens zwei Meter über dem Bürgersteig liegen darf, nur noch zwei Stockwerke erhalten. **In der Tiergartenstraße dürfen Geschäftshäuser nicht errichtet werden.**“

Diese Verordnung, die vor 8 Jahren unter ganz anderen Verhältnissen beschlossen worden ist, dient jetzt zum Anlaß, die Errichtung eines Verwaltungsgebäudes zu erschweren, obwohl dadurch neben der Belebung der Bautätigkeit auch zahlreiche bisher bereits von dem Unternehmen benutzte Räume für andere Zwecke frei werden würden. Das ist ein Standpunkt, den wir für überaus engherzig und bedauerlich halten. Gewiß darf das Stadtbild nicht verunziert werden. Das braucht aber doch auch durchaus nicht die Folge der Errichtung eines Verwaltungsgebäudes in der Tiergartenstraße zu sein, entsprechende Sicherheiten könnte das Bauamt zur Voraussetzung für die Genehmigung machen, aber der Schutz der Villenbesitzer dieser Straße vor Verkehr darf doch wirklich nicht zum ausschlaggebenden Motiv für die Versagung von Baugenehmigungen werden. Steht die oben zitierte Verordnung der Genehmigung im Wege, so soll man sie aufheben. Wir können deshalb nicht anerkennen, daß diese Entscheidung des Städtischen Bauamts richtig ist, und halten eine Nachprüfung durch die Deputation und den Magistrat für dringend notwendig. Der Belebung der Bautätigkeit dürfen keine Hindernisse in den Weg gelegt werden, am allerwenigsten Hindernisse, die so wenig begründet sind, wie es hierbei der Fall zu sein scheint. Je mehr Geschäftshäuser gebaut werden, um so eher wird es möglich sein, Wohnräume frei zu machen, die jetzt für Bureauzwecke benutzt werden.

Wir verlangen aber auch weiter, daß die Körperschaften, denen die Wahl des Generaldirektors für das Siedlungs- und Wohnungswesen obliegt, nun endlich die Entscheidung treffen, damit nicht auch die nächste Bauperiode vorübergeht, ohne daß Berlin alle seine Kräfte für die Milderung der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit eingesetzt hat.

Kreisblatthetze

Die Arbeiterbewegung auf dem flachen Lande leidet an vielen Orten darunter, daß die Bevölkerung auf die meist deutschnationalen Amtsblätter angewiesen ist. Diese Organe stehen samt und sonders im Dienste des Bürgertums, und an ihrer politischen Haltung hat sich seit der Revolution trotz ihrer Eigenschaft als „Amtsblätter“ nichts geändert. Im Gegenteil, diese Organe entfalten eine ausgiebige Hetze gegen alles, was mit Sozialismus oder Arbeiterbewegung zu tun hat. Welcher Methoden man sich dabei bedient, sei an einem typischen Fall dargelegt.

Das „Tageblatt für den Kreis Schlochau“ veröffentlicht einen Artikel „Proletarische Kapitalisten“, der sich mit dem am 19. Juni veröffentlichten Bericht über die Genalversammlung der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ beschäftigt. In diesem Bericht der „Freiheit“ war die Gesamtsumme der Anteile auf 856400 Mark angegeben und der Nettogewinn auf 741572,60 Mark. Obwohl diese Angaben an auffallender Stelle am Dienstag, dem 21. Juni bereits berichtigt werden — die Angabe des Nettogewinns war ein entstellender Druckfehler, und die Zahl muß vielmehr heißen 74 172,60 Mark —, ignoriert das schmierige Kreisblatt diese Berichtigung vollkommen und knüpft an den im Verhältnis zu der Anteilsumme hoch erscheinenden falschen Nettogewinn allerlei dumme Bemerkungen. Der Artikel des Kreisblattes ist am 7. Juli erschienen. Das Organ hätte also Gelegenheit gehabt, die Berichtigung der Zahl zur Kenntnis zu nehmen, wenn es ihm auf eine wahrheitsgemäße Darstellung angekommen wäre. Dies muß man nach dem Verhalten des Blättchens wohl bezweifeln. Dem Blatt ist eine Berichtigung zugegangen, es bleibt abzuwarten, ob es anständig genug ist, seine Leser über die falsche Wiedergabe aufzuklären, womit dann allerdings die Schlußfolgerungen des Hetzartikels hinfällig werden.

Dieses Beispiel zeigt, daß bei der ganzen Bevölkerung, die nicht in der Lage ist, eine solche Angabe ihres Kreisblättchens nachzuprüfen, natürlich ein ganz falsches Bild über die finanzielle Lage eines unter den größten Opfern der Parteimitglieder aufgebauten Unternehmens erweckt wird. Und dieses Gift von Kreisblattpolitik versorgt in Deutschland den größten Teil der auf dem Lande wohnenden Bevölkerung. Es ist vielleicht die hervorragendste Aufgabe unserer Parteigenossen auf dem Lande, dieser eminent schädigenden Erscheinung entgegenzuwirken durch die Verbreitung der sozialistischen Presse.

Verurteilung einer Falschmünzerbande

Eine große Falschmünzerbande ist durch das Schwurgericht des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bruns zu langjährigen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt worden. Die Sitzung, die sich gegen acht Angeklagte richtete, ging nach viertägiger Verhandlung zu Ende.

Die Angeklagten hatten im Sommer 1919 eine ziemlich schlecht nachgemachte Fälschung der Fünfzigmark-Hilfsbanknoten vom 30. November 1918 herausgebracht. Sie wurde in vielen Exemplaren, hauptsächlich in Groß-Berlin verbreitet, weil die Vertreiber, fast ausschließlich Angehörige des Verbrechertums des Weddings und ihres Anhanges, die Scheine meist in kleinen Geschäften in der Dämmerstunde oder bei Straßenhändlern gegen Abend im Zwielicht in Zahlung gaben. Außer den acht Angeklagten waren in das Verfahren noch drei andere Personen verwickelt, die aber inzwischen ums Leben gekommen sind. Der Hauptangeklagte, der Geldschrankeinbrecher Max Böhnke, starb im Untersuchungsgefängnis am zweiten Verhandlungstag an Herzschlag.

Die übrigen Angeklagten wurden nach zweieinhalbstündigem Plädoyer des Staatsanwaltschaftsrates Dr. Arndt zu hohen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt. Der Gemüsehändler Richard Weidner, in dessen Wohnung seinerzeit die Falschscheine gedruckt worden waren, erhielt vier Jahre Zuchthaus. Der Alteisenhändler Richard Löwe erhielt vier Jahre Zuchthaus, der unter dem Spitznamen „Matrosen-Otto“ bekannte Otto Hubatsch erhielt ein Jahr und neun Monate Gefängnis, der Metalldreher Fritz Brandt, der bereits wegen einer anderen Falschmünzersache zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt ist, eine Zusatzstrafe von ein Jahr sechs Monaten, der Pferdehändler Max Michaelis erhielt drei Jahre und sechs Monate Zuchthaus, der Drucker Albert Otto zwei Jahre und sechs Monate Zuchthaus. Der Schlosser Willy Wingel, der früher an einer Brotkartenfälschung beteiligt gewesen ist, wegen der er ebenfalls noch verurteilt werden wird, erhielt zwei Jahre und sechs Monate Gefängnis. Der Schlächter Albert Kleinschmidt endlich zwei Jahre und sechs Monate Zuchthaus. Allen Beschuldigten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 bis 8 Jahren abgesprochen und bei den mit Zuchthaus Bestraften auch die Stellung unter Polizeiaufsicht für zulässig erklärt.

Die städtischen Neuwahlen. Mit den Vorarbeiten für die Neuwahlen der Stadtverordneten- und Bezirksverordnetenwahlen wird jetzt sofort begonnen werden. Zunächst müssen 300 Hilfskräfte einberufen werden zur Ausfertigung der Wählerlisten und der dringendsten Arbeiten. Vor der Fertigstellung dieser Arbeiten müssen zahlreiche Wähler, die das zwanzigste Lebensjahr erreicht haben, neu aufgenommen werden. Ferner müssen alle An- und Abmeldungen, Umzüge usw. berücksichtigt werden, und dann muß die neue Wahlordnung, die man noch nicht kennt, als Unterlage der Aufstellung der Listen und der gesamten Neu-

Felsenbrunner Hof

Von Anna Croissant-Rust

(18. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Mit spitzen Fingern langte Gretchen danach und wickelte das Papier auf: „Ein Messer?“ sagte sie gedehnt und legte es enttäuscht auf den Tisch. „Was tu ich denn mit einem Messer?“

Peter war starr. Sie verschmähte sein schönes Perlmuttermesser, das er so sehr geliebt und von dem er sich so schwer getrennt hatte! Er konnte das überhaupt nicht begreifen, und es schmerzte ihn so heftig, daß er das Unglücksmesser mit einem Ruck des Ellbogens über den Tisch herunterschleuderte.

Mit bösen Augen sah ihm Gretchen zu.

„Du bist wirklich ein wüster Kerl, und es ist kein Wunder, wenn die Leute schlecht von dir reden, ich kann dich jetzt auch nimmer leiden.“

„Du sollst mich aber leiden können!“ rief Peter außer sich vor Schmerz und in vergeblichem Bemühen, seine Tränen zurückzuhalten. Er schluchzte zuletzt laut, während ihn Gretchen spöttisch anblickte, und schluchzend langte er das goldene Herz heraus und reichte es ihr hin.

Gretchen riß es ihm aus der Hand, vor Freude laut aufschreiend.

„Das Herz, das kleine Goldherz!“ und tanzte herum und klatschte in die Hände vor Freude. Dann erst besann sie sich: „Es ist von Heinrich,“ sagte sie bestimmt.

„Nein.“ Peter wischte noch an seinen Augen.

„Nein? — Du? wie hast du's wissen können?“

„Heinrich hat's verraten,“ stotterte Peter und fühlte, wie schwer ihm die Lüge auf dem Herzen lag. Im Nu hatte ihn Gretchen bei den Schultern und schüttelte ihn.

„Du, du hast's gekauft! Nun hab ich dich aber gern!“

Sie umtanzte ihn und fuhr übermütig mit ihren langen roten Zöpfen in sein Gesicht, packte ihn an den Ohren, um ihn gleich wieder auszulassen und das kleine Herz hoch in die Höhe zu heben, jubelnd: „Guck's doch an, wie's funkelt! Du kannst gar nit wissen, wie ich's mir gewünscht hab!“

Ehe er sich's versah, hatte sie ihm einen schallenden Kuß gegeben, wirbelte dann vor Peter herum, der mit flammend roten Backen dastand, und riß ein Samtband aus der Lade, an das sie das Goldherz hing.

Sofort ging sie zum Spiegel, band das Bändchen fest und stellte sich, den Kopf nach der Seite neigend, vor Peter auf.

„Gefall ich dir so? Jetzt mußt du mir aber auch einen Kuß geben!“

Peter wich zurück. Er sah ihre junge Brust, ihren weißen Hals und an dem weißen Hals das funkelnde Herz, das er gestohlen hatte. Was ging mit ihm vor? Es verwirrte sich alles um ihn. Er hätte vor Zorn schreien und vor Ueberschwang jubeln mögen. Was ging mit ihm vor? Warum war alles so anders? Warum wich er vor Gretchen zurück? Er hatte Gretchen früher schon geküßt, und es war ihm nichts dabei eingefallen — was war das auf einmal, und was verwirrte ihn? Er bekam eine förmliche Angst und rannte von ihr weg. Doch Gretchen ließ sich nicht so schnell abschütteln, bald hatte sie ihn eingeholt und hing sich an ihn wie eine Klette.

„Adieu sagt man, wenn man geht, adieu!“ und klopfte ihm halb schmeichelnd, halb im Vorwurf den Rücken, während sie ihn fest am Rock hielt. Er konnte nicht loskommen, so sehr er auch zerrte, sie lief hinter ihm drein bis an den Wald.

Da wurde Peter endlich müde, sie immer an seinen Rockschößen hängen zu haben. Zuzuschlagen getraute er sich nicht mehr, so setzte er sich still nieder. Sofort setzte sich Gretchen neben ihn, noch rot von der Aufregung, und nahm seine Hand, die sie auf ihr Herz legte: „Horch, wie das klopft! Spürst du's?“ und weil er den Kopf schüttelte, drückte sie seine Finger noch fester an sich: „Jetzt?“

Peter bejahte. Er empfand ein wohliges Gefühl, so sitzen zu dürfen mit der Hand auf ihrem Herzen, das so schnell und heftig klopfte, während die jähe Hitze in der Kühle des Waldes allmählich von ihm wich.

Nach und nach wurde auch das Hüpfen des kleinen Herzleins weniger.

„Jetzt ist es brav“, sagte Peter ernsthaft, dann lachten beide.

„Guck,“ sagte Gretchen, „das tut gut“, legte sich wieder der Länge nach ins Heidekraut und lachte, daß man ihre schneeweißen, ein wenig spitzen Zähnlein sah.

„Da lieg ich oft heroben, man schläft gut da. So leg dich doch auch hin!“ kommandierte Gretchen.

Und glücklich, wenn auch befangen, streckte sich Peter neben ihr aus. Eine Zeitlang stellten sie sich schlafend, blinzelten und brachen in lautes Gelächter aus. Gretchen drohte mit dem Finger und warf sich auf die andere Seite; endlich schliefen sie aber wirklich ein, nebeneinander wie die Kinder, und Gretchen hielt dabei das kleine Goldherz an ihrem Halse fest in der Hand.

Der Wald nahm sein stilles Leben wieder auf, das das Geplauder der Kinder unterbrochen; man hörte den Bach jenseits des Hügels wieder rauschen, der hatte schweigen müssen; die Vögel sangen wieder, leise und vorsichtig, wie sie singen, wenn's gegen Mittag geht; die Käfer liefen kreuz und quer, der Specht hämmerte, die Kinder schliefen immer noch. Von Breitenberg herüber kam das Elf-Uhr-Läuten, halb verschluckt vom Föhrenwald; die Schmetterlinge flogen bis an die Grenze des Schattens, den der Wald machte, Schwalben schossen mit schrillem spitzen Schrei vorüber; da setzte sich Peter auf, rieb sich die Augen, schaute verwirrt den Schwalben nach, kriegte ein verlorenes Tönen des Mittagläutens in die Ohren und sprang erschrocken auf. Herrgott, da läuteten sie in Breitenberg! Er hätte ja heute nach Breitenberg zur Stunde gehen sollen! Der Lehrer würde ihn dafür um die Ohren schlagen. „Nur nichts schenken“, hatte der Vater dem Schulmeister aufgetragen. Das setzte wieder was Ordentliches ab. Jetzt war's zu spät, sich noch auf den Weg zu machen. Gewiß erschien nun der Herr Präzeptor am Nachmittag auf dem Felsenbrunnerhof — das konnte eine schöne Hetzjagd geben!

„Du!“ sagte er und rüttelte Gretchen auf, „hast du was zu essen?“

Gretchen dehnte sich unwillig, daß sie nicht mehr schlafen sollte.

„Was? Zu essen? — Natürlich! Kaffee steht im Ofen, und Kuchen ist auch noch da.“

„Du, läßt du mich mithalten.“

Peter fühlte sich ein bißchen Pascha, auch ein bißchen Sohn des Felsenbrunnerhofes, der sich einmal den Spaß machte, da mitzuessen.

„Dich? — fällt mir ein! Das ist für Kätchen und mich.“

„Dann willst du mir gar nichts geben?“

„Nein!“ sagte Gretchen bestimmt.

„Dann gibst du mir auch das goldne Herz wieder!“

„Haha!“ trotzte Gretchen, „geh du nur heim, ihr seid reiche Leute, ihr müßt uns geben, wir sind arm, mach schnell und geh!“

„Du bist garstig,“ rief Peter, „nicht einmal helfen willst du mir! Ich krieg Prügel, wenn ich nach Haus komme! Ich hätte nach Breitenberg in die Stunde gehen sollen anstatt zu dir.“

„Geschieht dir ganz recht, so darf man's auch nicht machen! So wird nie was aus dir!“ zankte sie altklug verweisend.

(Fortsetzung folgt)

einteilung dienen. Ob die Neuwahlen am 9. oder 16. Oktober dieses Jahres stattfinden, ist noch nicht entschieden.

Der Widerstand der westlichen Vororte. In der letzten Bezirksversammlung des Verwaltungsbezirks 10 (Zehlendorf) teilte der stellvertretende Bürgermeister, Dr. Schumacher, mit, daß der Berliner Magistrat dem Antrag auf Bildung von Ortsbezirken in Wannsee, Dahlem und Nikolassee nicht zugestimmt habe, weil, wie er in einem Schreiben zum Ausdruck bringt, dadurch der Verwaltungsbetrieb verlangsamt und zu kostspielig werde. Der ablehnende Bescheid sei auch insbesondere wegen der beantragten Schaffung von Ortsbeiräten erfolgt. Der Magistrat empfiehlt, „Ortsamtsstellen" an Stelle der Ortsbezirke einzurichten und dazu gegebenenfalls auf Grund des § 30 der Städteordnung ehrenamtliche Bezirksvorsteher zu bestellen, über die er eine Rundverfügung in Vorbereitung habe. Nach einigen Monaten solle berichtet werden, wie die Ortsamtsstellen sich bewähren. In einem Dringlichkeitsantrag Erdmann (D. V. P.) und andere wurde gegen die Ablehnung des Magistrats Verwahrung eingelegt und das Bezirksamt ersucht, unbeschadet der Weiterverfolgung des Gedankens von Ortsbezirken den einzurichtenden Ortsamtsstellen möglichst viele Verwaltungszweige zuzuweisen.

Auf dem Postamt 32 Lichtenberg hat am Freitag vormittag gegen 11 Uhr eine Dame 200 Mark in Gold umgewechselt. Der abfertigende Beamte gab ihr statt 3200 M. infolge eines rechnerischen Versehens das Doppelte, 6400 M. Zeugen dieses Vorfalles, die die Dame beobachtet haben, werden gebeten, sich bei dem Postamt 32 zu melden.

Gewerkschaftliches

Geheimwissenschaft der Unternehmer

Der aufmerksame Leser wird bei der Lektüre des Berichts über den Verbandstag der Textilarbeiter erbauliche Mitteilungen über die Machenschaften der Unternehmer und ihrer juristischen Handlanger gefunden haben, die darauf hinauslaufen, eine systematische Sabotage gegenüber dem Betriebsrätegesetz zu betreiben. Diese Tätigkeit, die das Licht des Tages zu scheuen hat, konnte durch glückliche Umstände seitens des Textilarbeiterverbandes aufgedeckt werden. Unter den juristischen Spezialisten „ragen" hervor Dr. jur. Schmaltz, der in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung" seine Produkte u. a. ablädt und ein Herr Dr. jur. Walter Hüsing.

In welcher Art diese Herren „arbeiten", zeigen die folgenden Schriftstücke:

S/L. Arbeitgeberverband für Dortmund
und Umgegend.
Geschäftsstelle: Löwenhof, Dortmund.
Geschäftsführer: Dipl.-Ing. Sorge.

Betr. **Arbeitgeberschutz im Betriebsrätegesetz.**

Wir richten Ihre Aufmerksamkeit auf eine Neu-Erscheinung, die für jeden Arbeitgeber von Interesse sein dürfte. Das Nähere wollen Sie aus der beigefügten Anlage ersehen.

Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie das beigefügte Schreiben abschriftlich unter entsprechendem Hinweis Ihrem nächsten Rundschreiben beilegen und so Ihren interessierten Mitgliedern Gelegenheit zur Bestellung geben würden, da es wegen der aus der Anlage ersichtlichen Tendenz des Buches dem Verfasser im Arbeitgeberinteresse **unzweckmäßig erscheint, auf anderem Wege als dem über die Arbeitgeberverbände auf das Erscheinen des Buches aufmerksam zu machen, um einigermaßen Sicherheit zu haben, daß die Kenntnis von dem Buche tunlichst auf Arbeitgeberkreise beschränkt bleibt.**

Der Geschäftsleiter: gez. Sorge.

Dortmund, den 19. April 1921.

Betr. Arbeitgeberschutz im Betriebsrätegesetz. In 4 Wochen erscheint im Selbstverlag „Arbeitgeberschutz im Betriebsrätegesetz" (Arbeitgeber-Kommentar von Dr. jur. Walter Hüsing vom Arbeitgeberverband für Dortmund und Umgegend. Im Anschluß an die bisherigen Erfahrungen mit dem Betriebsrätegesetz. Mit zahlreichen Beispielen aus der Praxis.) — Preis des Buches (etwa 200—250 Seiten) 15,— M. einschl. Versendung.

Von den bisherigen Kommentaren unterscheidet sich der vorliegende darin, daß in erster Linie die Interessen der Arbeitgeber berücksichtigt sind. Besonders hervorgehoben werden daher diejenigen Bestimmungen, auf die sich in Streitfällen der Arbeitgeber zum Schutz seiner berechtigten Interessen stützen kann, und die die Ansprüche der Arbeitnehmer einschränken. **Das Buch wird daher nur an Arbeitgeber und ihre Vertreter abgegeben und nur auf diesem Wege über die Verbände vertrieben. Um persönliche Aufbewahrung wird dringend gebeten.**

Um das Buch für den beabsichtigten Zweck möglichst übersichtlich zu gestalten, ist seine äußere Einteilung wie folgt vorgenommen.

Jede Seite ist dreigeteilt: Die linke Spalte enthält kurze Inhaltsangabe, die mittlere die eigentliche Bearbeitung mit Beispielen aus der Praxis, die rechte Spalte die gesetzliche Schutzbestimmung für den Arbeitgeber. Ausführliches Register, Gesetzestext und Text der Wahlordnung sind beigefügt. Das Format ist handlich.

Das Buch erscheint vorläufig nur in einer Auflage. Bestellungen werden bis zum 15. Mai d. J. erbeten an den Selbstverlag: Dr. jur. Walter Hüsing, Dortmund, Hoher Wall 33 I. Etwaige Nachbestellungen können nur bis zum 15. Juni d. J. berücksichtigt werden.

Aus taktischen Gründen hat der Verband mit der Veröffentlichung dieser Dokumente gewartet. Inzwischen ist das „Werk", um dessen „persönliche Aufbewahrung dringend gebeten wurde", erschienen und einer der Besteller war auch der — Verband! — Es muß folgendes hier festgestellt werden: Bestehende Gesetze sollen durch eine raffinierte Methode, die geheim gehalten werden soll, illusorisch gemacht werden. Das ist ein zweifellos gesetzwidriger Akt, der die Aufsichtsbehörden und den Staatsanwalt eigentlich sehr interessieren sollte ..... Das Unternehmertum, das Bilanzverschleierungen en gros betreibt, um den Staat um seine Steuern zu betrügen, hat ein genügend robustes Gewissen, auch Gesetzessabotage zu treiben. Die neueste Methode ist, pro forma Bankschulden aufzunehmen, indem auf eine gewisse Zeit größere Bankdarlehen aufgenommen werden, die nach einiger Zeit wieder zurückgezahlt werden, nur zu dem Zweck, diese „Schulden" dokumentarisch nachweisen zu können! Wir geben uns nicht der Illusion hin, daß unsere so ausgezeichnete — „Rechts"pflege diesem Skandal entgegentreten wird. Dazu hat sie ja auch gar keine Zeit. — Ergo muß die Arbeiterschaft höchste Wachsamkeit üben, ihre Rechte im Betrieb sich zu wahren suchen, um allen Machinationen des Unternehmerklüngels rechtzeitig entgegenzutreten, diese aufzudecken und unwirksam zu machen. Die Geheimwerkstatt des Kapitals auszuräuchern, muß auch eine der Aufgaben sein, die dem Proletariat vorbehalten bleibt.

Arbeitslosenvertretung bei der Erwerbslosenfürsorge

Seit geraumer Zeit sind die freigewerkschaftlichen Arbeitslosenvertreter im Interesse der Erwerbslosen in der Erwerbslosenfürsorge der Stadtgemeinde Berlin tätig. Fast in allen Geschäftsstellen der einzelnen Verwaltungsbezirke macht sich diese ersprießliche Tätigkeit für die Arbeitslosen bemerkbar, die sich vorwiegend darauf bezieht, die Erwerbslosen in allen Fragen der Fürsorgetätigkeit zu beraten. Immer mehr zeigt es sich, wie notwendig es war, diese Einrichtung durch die Gewerkschaften zu schaffen, obwohl es vorher harter Kämpfe bedurfte, bis sich der Gedanke durchsetzte, daß die Interessen der Arbeitslosen rein wirtschaftliche sind und deshalb keine politische, sondern eine wirtschaftliche Interessenvertretung geschaffen werden mußte. Der Berliner Gewerkschaftskommission ist es nach vieler Mühe gelungen, diesen Gedanken in der organisierten Arbeiterschaft durchzusetzen. Der Streit, ob wirtschaftliche oder politische Arbeitslosenräte, kann als überwunden gelten.

Es liegt nun im Interesse der Erwerbslosen der Stadtgemeinde Berlin, von dieser Einrichtung regen Gebrauch zu machen und alle Beschwerden und Wünsche, die sich auf die Erwerbslosenunterstützung beziehen und wo sie glauben, daß ihnen von den behördlichen Stellen Unrecht geschehen ist, den Arbeitslosenvertretern der Gewerkschaften zu unterbreiten. Man wende sich deshalb an die freigewerkschaftlichen Arbeitslosenvertreter der am nächsten gelegenen Geschäftsstelle seines Verwaltungsbezirks; in besonders schwierigen Fällen an die Vertreter in der Zentrale der Erwerbslosenfürsorge im Marstallgebäude. Bereitwilligst werden alle Anliegen entgegengenommen, Beschwerden weitergegeben und sachgemäß erledigt. Den Arbeitslosenvertretern der Gewerkschaften ist besonders Gelegenheit gegeben, in den Fürsorgeausschüssen die Interessen der Arbeitslosen nachdrücklichst zu vertreten.

Zum Streik der Rüdersdorfer Zementarbeiter

Von der Streikleitung wird uns geschrieben:

Die Rüdersdorfer Zementarbeiter streiken bereits über acht Wochen um eine Lohnzulage von 11 Prozent.

Die Unternehmer haben vergeblich versucht, die hiesige Arbeiterschaft zu provozieren, um Sipo zur „Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung" heranzubekommen. In dem lokalen „Wurstblatt" ließ man „Eingesandt's" los, in welchen man der Arbeiterschaft weiszumachen versuchte, ihr Kampf sei aussichtslos, und die Führer hätten den Bogen überspannt. Ein besonders gut informierter Unternehmer wollte wissen, daß die Arbeiterschaft die Villa seines „Freundes" in die Luft sprengen wollte. Er wandte sich in diesem Sinne an den Landrat, welcher zur Vorsicht ein Kommando Landjäger in der Kantine des einen Werkes stationierte. Der eine von ihnen äußerte selbst sein Befremden darüber, daß doch hier alles so ruhig wäre.

Am 5. und 9. Juli fanden Besprechungen vor dem Landrat des Kreises Niederbarnim statt, die zu keinem Ergebnis führten. Die Lohnzulage von 7½ Proz., die von dem Landrat in Vorschlag gebracht war, lehnten die Unternehmer rundweg ab. Sie lehnten es sogar ab, in Anwesenheit der drei Vertrauensleute der 2000 streikenden Arbeiter zu verhandeln. Sie stellten sich auf den Standpunkt, daß für sie die Betriebsräte nicht existierten, da alle fristlos entlassen sind.

Den Unternehmern ist es im allgemeinen schlecht geglückt, ihr eigentliches Ziel zu verdecken. Sie beabsichtigen, die hiesige Arbeiterbewegung von Grund auf in Stücke zu schlagen und die Betriebsräte an die Wand zu drücken.

Die Arbeiterschaft ist sich darüber im klaren, daß nur der Sieg ihnen das bringt, was sie auf gütlichem Wege nicht zu erreichen vermochten. Eine Niederlage bedeutete für sie eine mittelalterliche Knechtschaft auf lange Zeit hinaus.

Am 20. d. M. finden nochmals Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium statt. Mit Gewehr bei Fuß wartet die Arbeiterschaft in ruhiger Besonnenheit, zum Durchhalten entschlossen, der Dinge, die da kommen sollen.

Deutsche Filmgewerkschaft. Am Sonntag, den 17. Juli 1921, vormittags 9 Uhr, Fortsetzung der außerordentlichen Generalversammlung. Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11-12.

Die Ortsleitung.

Töpfer! Die Firma Krieger, Engeluser, Ecke Adalbertstraße, ist für organisierte Töpfergesellen gesperrt. Die Filialleitung.

Der U-Boot-Krieg vor Gericht

4. Verhandlungstag.

Nach Eröffnung der Verhandlung am Freitag wird der soeben aus England eingetroffene Oberarzt der „Llandovery Castle", Major Thomas Lyon, vernommen. Er war auf dem Lazarettschiff vier Monate tätig und befand sich vorher auf einem anderen zwischen Kanada und England fahrenden Hospitalschiff. **Befördert wurden nur Verwundete und Kranke, die in Hospitälern gewesen waren. Munitions sei niemals transportiert worden, wenigstens habe er solche nie auf dem Schiff gesehen.** Alle Patienten trugen Khakiuniformen und hatten blaue Binden um den Arm. Die Ordonnanzen seien ebenso gekleidet gewesen und trugen das vorgeschriebene Rote-Kreuz-Abzeichen. Als die Torpedierung erfolgte, war der Zeuge im Rauchzimmer. Er hat sich einen Korkgürtel geholt und sich davon überzeugt, daß die Schwestern aus ihren Räumen herausgekommen waren. Das Schiff habe sich nach Steuerbord umgelegt, und die Leute hatten sich an einer Leine in das herabgelassene Rettungsboot, das die Nummer 3 trug, heruntergelassen. Das Boot Nummer 3 sei mehrere 100 Fuß vom Schiff entfernt gewesen. Außer dem Zeugen war nur noch der Kapitän an Bord; schließlich sei noch Chapman hinzugekommen und habe gerufen, er hätte noch ein Boot gefunden. In dieses Boot seien sie dann hineingestiegen. Der Zeuge erzählt dann, daß ein anderes Boot in den Strudel gezogen worden sei. Ob die übrigen Boote abgekommen seien, wisse er nicht. Er hat Leute im Wasser schreien gehört, aber das seien nicht solche gewesen, die sich in den anderen Rettungsbooten befunden hatten. Das U-Boot kam dann näher und ließ das Rettungsboot, auf dem der Zeuge sich befand, herankommen. **Vom U-Boot wurde ihnen zugerufen, sie sollten sich beeilen,**

sonst würde das große Geschütz abgefeuert werden.

Mit einem Revolver wurde über das Rettungsboot hinweggeschossen, der Zeuge meint aber, daß dies wohl nur geschehen sei, um dem Befehl Nachdruck zu verleihen.

Der Kapitän der „Llandovery Castle" wurde auf das U-Boot geholt. Auch der Zeuge stieg über, wurde dabei angefaßt, fiel hin und verletzte sich am Bein. Irgendwelchen Angriffen war er dabei nicht ausgesetzt. Der Offizier, der ihn, den Zeugen, auf das U-Boot gezogen hatte, fragte ihn, ob er ein amerikanischer Fliegeroffizier sei. Der Zeuge verneinte und sagte, er sei Sanitätsoffizier. Die Frage, ob Munition an Bord wäre, verneinte er ebenfalls. Er durfte dann auf das Rettungsboot zurückkehren. Nach einiger Zeit sei das U-Boot zurückgekommen und im Kreise um das Rettungsboot herumgefahren, ohne dabei aggressive Absichten zu verraten. Chapman rief auf eine Frage vom U-Boot aus, es sei ja dasselbe Rettungsboot, der Zeuge selbst rief, er sei ja schon auf dem U-Boot gewesen. Als nach einiger Zeit das Rettungsboot wieder abgestoßen war und ein Segel gesetzt hatte, kam das U-Boot wieder auf das Rettungsboot zu. Chapman hielt ihm eine Fackel entgegen. Das Rettungsboot konnte jedoch einem Zusammenstoß ausweichen. Nachdem das Rettungsboot eine Strecke vom U-Boot entfernt war, hörte der Zeuge Kanonenschüsse, und

Granaten flogen über das Rettungsboot hinweg.

Es könnten etwa 12 Schüsse gewesen sein.

Der Zeuge will das Empfinden gehabt haben, daß auf das Rettungsboot geschossen wurde.

Sachverständiger Korvettenkapitän Saalwächter hält es für ausgeschlossen, daß das U-Boot das Rettungsboot habe rammen wollen.

Zeuge Heather, nochmals vorgerufen, bekundet, daß die „Llandovery Castle" früher ein Passagierschiff, dann Truppentransportdampfer gewesen sei und seit Juni 1916 als Hospitalschiff verwendet wurde.

Hierauf wird

die Beweisaufnahme geschlossen.

Der Oberreichsanwalt Dr. Ebermeyer nimmt hierauf das Wort zu seinem Plaidoyer und führt u. a. aus: Noch nie sei ihm die Erfüllung seiner Dienstpflicht so schwer gewesen wie heute. Die Angeklagten hätten das beste Zeugnis von ihren Vorgesetzten und Kameraden erhalten und sie seien tapfer und opferfreudig für das Vaterland tätig gewesen. Gegen sie die Anklage wegen Mordes zu erheben, sei ihm außerordentlich schwer geworden. Jeder, der der Verhandlung gefolgt sei, werde zugeben müssen, daß alles geschehen sei, was zur Aufklärung des Tatbestandes dienen konnte. Angesichts des Schweigens der Angeklagten müsse man sich allein auf die Zeugenaussagen stützen. Nach längerer Verfolgung der „Llandovery Castle" sei sie als Lazarettschiff erkannt worden. **Das Schiff habe sich in einem Gebiet befunden, in dem die Versenkung von Lazarettschiffen nicht zugelassen war.** Der Kommandant Patzig scheine geglaubt zu haben, daß das Schiff vorschriftswidrig Fliegeroffiziere befördere. Trotz Abratens habe Patzig beschlossen, das Schiff zu torpedieren. Ob die zweite Explosion eine Kesselexplosion war oder von Munition herrührte, konnte nicht festgestellt werden. Das Schiff hatte 18 Rettungsboote, von denen wenigstens ein voll besetztes Boot abgekommen ist. Wahrscheinlich sei, daß noch ein anderes Boot von Steuerbord abgekommen ist. Außer dem Kapitänsboot müsse noch ein anderes Boot dagewesen sein, da aus diesem ein Mann auf das Kapitänsboot herübergenommen worden sei. Dem Kapitänleutnant Patzig sei es darum zu tun gewesen, Leute von dem untergegangenen Schiff zu bekommen, um nachzuweisen, daß sein Vorgehen tatsächlich berechtigt sei. Das wäre der Fall gewesen, wenn sich hätte feststellen lassen, daß Munition oder Truppen an Bord waren. Das Kapitänsboot ist aufgefordert worden, heranzukommen. **Die Drohung mit Kanonenschüssen und die als Schreckschüsse abgegebenen Revolverschüsse kommen für die Anklage nicht in Betracht.** Die Engländer versicherten, daß nichts Verbotswidriges auf dem Schiffe gewesen sei. Das Kapitänsboot wurde ein zweites Mal angehalten, und es wurde ein anderer Mann auf das U-Boot übernommen, aber auch dieser sagte nichts aus, was die Annahme des Kommandanten Patzig hätte bestätigen können. Ein Beweis dafür, daß das U-Boot das Kapitänsboot hätte rammen wollen, sei nicht erbracht. Das Kapitänsboot sei vom U-Boot eine Viertelmeile entfernt gewesen, als vom U-Boot gefeuert wurde.

Bevor mit dem Feuer begonnen wurde, wurde alles unter Deck geschickt. Dann hörten die Leute nach einiger Zeit, daß geschossen wurde. Die beiden Angeklagten waren auf Deck. Am nächsten Morgen habe Patzig den Offizieren und Mannschaften völliges Schweigen über den Vorfall befohlen. Eine Eintragung in das Schiffsbuch sei nicht erfolgt. Den beiden englischen Gefangenen sei das Ehrenwort abgenommen worden, zu schweigen, solange die Feindseligkeiten dauerten. Am Morgen des 28. Juni habe der Kommandant Patzig Bedenken über die Versenkung geäußert und er habe gesagt, er würde es jetzt nicht getan haben. Festgestellt sei und nicht aus der Welt zu schaffen **das Schießen vom U-Boot aus. Die Annahme, daß alle Zeugen des Vorfalls aus der Welt geschafft werden sollten,** werde gestützt durch verschiedene Umstände. Wenn man annehmen wolle, das Schießen sei nicht zum Zwecke der Vernichtung der Zeugen erfolgt, so könne man es vielleicht damit erklären, daß herumschwimmende Trümmer in der Dunkelheit von Patzig als englische Streitkräfte angesehen worden seien. Das sei möglich, aber die Umstände unseres Falles lassen die Unterstellung des Sachverständigen als ausgeschlossen erscheinen. Offenbar sei der Entschluß, zu schießen, von Patzig in Gemeinschaft mit den Angeklagten gefaßt worden. - **Das Ausbleiben Patzigs von der jetzigen Verhandlung sei besonders erschwerend für die Angeklagten.** Nachdem er gehört habe, daß seine Kameraden angeklagt seien, sei es seine verfluchte Pflicht und Schuldigkeit gewesen, hier zu erscheinen.

Der Strafantrag

Der Oberreichsanwalt beantragt schließlich, die Angeklagten des versuchten Mordes für schuldig zu erklären. Gewisse Milderungsgründe könnte man den Angeklagten zugute halten. Eine Zuchthausstrafe von vier Jahren sei ausreichend. Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verlange das Gesetz nicht notwendigerweise. Es könne Fälle geben — das zeige der vorliegende Fall —, in denen eine ehrlose Gesinnung nicht zutage trete.

Senatspräsident Dr. Schmidt weist die Angeklagten auf den veränderten Gesichtspunkt hin. Es sei nicht unmöglich, daß mit Rücksicht auf die besonderen Umstände die **Ueberlegung als ausgeschlossen erachtet werden könne,** so daß nur gemeinschaftliche Tötung resp. Beihilfe zu einem Tötungsversuch in Frage kommen könne.

Der Verteidiger des Angeklagten Dithmar, Rechtsanwalt Dr. v. Zwehl (Berlin), erklärt, daß ihn der Antrag des Oberreichsanwalt sehr überrascht habe, da er durch den Gang der Verhandlung **von der Unschuld der Angeklagten fest überzeugt** worden sei. Kein englischer Zeuge habe sagen können, daß er das Gefühl gehabt habe, daß das Schießen dem Rettungsboot galt. Es fehle jeder Schuldbeweis gegen Dithmar. Der Verteidiger beantragt schließlich die Freisprechung Dithmars.

Der Verteidiger des Angeklagten Boldt, Rechtsanwalt Dr. Beier (Leipzig), geht auf verschiedene Einzelheiten ein. Das Ausbleiben Patzigs könne leicht so erklärt werden, daß er mit einem Freispruch seiner Kameraden unbedingt rechne. Von irgendwelcher Ueberlegung der Tat könne nicht gesprochen werden. Die Beteiligung der Angeklagten am Schießen, die den Angelpunkt der Anklage bilde, sei nicht erwiesen. Sehr wahrscheinlich sei es, daß Meißner während des Schießens immer am Deck war und geschossen hat. Auch Dr. Beier beantragt zum Schluß die Freisprechung seines Klienten.

Der dritte Verteidiger, Rechtsanwalt Hahnemann (Leipzig), gibt dem Gerichtshof zu erwägen, ob Völkerrechtsverletzungen wirklich dem Strafgesetz unterliegen. Der Verteidiger behauptet dann, es sei unzulässig, während eines Krieges ein Hilfskriegsschiff, wie es die „Llandovery Castle" tatsächlich war, in ein Handelsschiff oder in ein imunes Lazarettschiff zu verwandeln. Wenn Patzig das Schiff versenkt habe, so habe er auf Grund des ihm bekannten Materials in bestem Glauben gehandelt, und von eigennützigen Motiven könnte keine Rede sein. Die Angeklagten hätten ihre Pflicht gegen das Vaterland getan, ihre Freisprechung erscheine daher geboten.

Die beiden Angeklagten Dithmar und Boldt machen von ihrem Rechte auf das Schlußwort keinen Gebrauch, sie erklären nur, daß sie nichts mehr zu sagen haben.

Hierauf wird die Verhandlung geschlossen. **Das Urteil wird Sonnabend 1 Uhr verkündet werden.**

Der Reichsrat gegen das Recht der Frau

Die Donnerstagsitzung des Reichsrats hatte sich mit dem Gesetzentwurf zu befassen, nach dem die Schöffen- und Geschworenengerichte ohne Rücksicht auf das Geschlecht gebildet werden können. Die Ausschüsse des Reichsrats hatten das Gesetz abgelehnt. In der Vollsitzung wandte sich im Namen der bayerischen Regierung der Gesandte von Preger aufs entschiedenste gegen den Entwurf; die bayerische Regierung stehe grundsätzlich auf dem Standpunkt, **daß die Frau sich nicht zum Richteramt eigne** und durch die Zulassung der Frauen eine **Verweichlichung der Rechtspflege eintreten würde,** die gerade im gegenwärtigen Augenblick am unangebrachtesten sei. Diese Auffassung charakterisiert besonders deutlich die ganz **auf brutale Gewalt gestellte Politik der Regierung von Kahr.** Schon die Befürchtung, daß weibliche Richter selbst aus dem Bürgertum sich sozialen und menschlichen Empfindungen zugänglich zeigen könnten, macht für die bayerische Regierung das Gesetz unannehmbar!

Nachdem Staatssekretär Joel erklärt hatte, daß die Reichsregierung nach wie vor erheblichen Wert auf die Vorlage lege, wurde in der Abstimmung im Plenum der Gesetzentwurf mit 31 gegen 31 Stimmen, also mit Stimmengleichheit abgelehnt. Bei der Abstimmung stimmte **ein erheblicher Teil der preußischen Provinzialvertreter anders als das preußische Ministerium.** Außer dem Ministerium stimmten nur die Vertreter der Stadt Berlin und der Provinz Sachsen für die Vorlage, dagegen die Vertreter von Ostpreußen, Brandenburg, Pommern, Westpreußen-Grenzmark Posen, Niederschlesien, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und Hessen-Nassau. Die preußischen Provinzialtage hatten in der Hauptsache rechtsstehende Vertreter in den Reichsrat entsandt, und dadurch ist dieser Körperschaft erst recht ein reaktionäres Gepräge aufgedrückt worden. Es versteht sich, daß dieses Kollegium sich aufs heftigste dagegen sträubt, der Frau die Gleichberechtigung im Staatswesen einzuräumen.